

GEGENARGUMENTE

Oktober 2011

Zur Finanzkrise

Das Ergebnis von 4 Jahren Krisenbewältigung „Die Krise ist zurück!“ 1

Zu den Protestbewegungen „Die Empörten!“, „15-M“ und „Echte Demokratie jetzt!“, Eure Empörung ist verkehrt – sie lebt von Illusionen über Krise, Demokratie und Marktwirtschaft13

ESM, Pakt für den Euro, Wirtschaftsregierung etc.....16

Die Rettung des Euro16

I. Der Euro: Gemeinsame Währung konkurrierender Nationen..... 17

II. Eine der Währungsunion würdige Finanzkrise 18

III. Europäischer Fortschritt in der Krise: Eine Kredit-Kautio zu Lasten des Schuldners und ein neues Regime der Führungsmächte 20

Das Ergebnis von 4 Jahren Krisenbewältigung „Die Krise ist zurück!“

Zwischendurch soll sie nämlich schon quasi weg gewesen sein. Und nach einer beliebten Lesart ist es auch nicht mehr die *Finanzkrise* von 2008, sondern eine ganz neue *Staatsschuldenkrise*. Die wird freilich in Europa auch schon seit mindestens eineinhalb Jahren bekämpft. Jetzt jedenfalls ist sie voll da. Seit Griechenland von seinen Euro-Partnern und dem IWF Kredit bekommen hat und die verlangten

Maßnahmen zur Sanierung seines Haushalts tapfer voranbringt, sind nicht nur dort die Zahlungsnöte der Regierung immer größer geworden. Auch das Geschäft mit Staatsanleihen der gleichfalls mit Kredithilfen unterstützten und mit harten Sparmaßnahmen befassten Euro-Länder Irland und Portugal ist inzwischen total eingebrochen; die Zinsen bzw. Risikozuschläge für Staatsanleihen Spaniens

und Italiens erreichen unvertretbare Höchstwerte. Jenseits des Atlantik steht es auch nicht gut: Da vergreift sich eine der drei wichtigen Rating-Agenturen am Goldstandard aller Staatsanleihen, den Treasuries der USA, erkennt ihnen nurmehr die Note „AA+“ zu und schickt damit die „Börsen auf Talfahrt“, die dann wie eine „Achterbahn“ aussieht. In lauter besonderen Fällen, die angeblich bei

V.i.S.d.P.: Gegenstandpunkt VerlagsGmbH, B. Schumacher, Kirchenstr. 88, 81675 München; E.i.S.

Kontakt: www.gegenstandpunkt.com * www.gs-marburg.de * E-Mail: redaktion@gs-marburg.de

näherer Betrachtung nichts miteinander zu tun haben, sowie überhaupt ganz generell und im Allgemeinen macht sich ein Übel bemerkbar, das als entscheidender Krisengrund gilt: Gerade in den klassischen Zentren des Weltkapitalismus ist die *Staatsverschuldung zu hoch*.

Hinzu kommt: Mit der Weltkonjunktur sieht es gar nicht gut aus. Amerika steht womöglich vor einer zweiten Rezession; Deutschland, dem Boom-Staat der letzten Monate, drohen die Absatzmärkte wegzubrechen, auf denen seine Industrie zuletzt immer besser verdient hat. Schuld daran und an den mittelfristig schlechten Aussichten sind nach verbreiteter Einschätzung nicht zuletzt die Sparbemühungen vieler Staaten, insbesondere der USA sowie in Europa, aber auch der VR China. Die Regierungen dort fügen sich dem ökonomischen Sachzwang und erlegen sich die Pflicht auf, ihre Staatsschulden abzubauen oder zumindest die Zunahme der Staatsverschuldung zu bremsen – und das ist „Gift für den Aufschwung“, dieses zarte Pflänzchen.

Eine dumme Sache, so eine Krise.

Europas Staatsschulden sind also zu hoch. Fragt sich nur: Zu hoch für wen? Und für welchen Zweck?

Im Fall Griechenland sieht die Sache eindeutig aus: Die Haushaltsschulden des Staates sind zu hoch, als dass die Regierung noch für ihre Bedienung geradestehen könnte. Oder dasselbe umgekehrt: Der Staat nimmt zu wenig ein, um seinen Schuldenhaushalt noch fortzuführen, also die fälligen Ausgaben für Gehälter und Zinsen, Schuldentilgung und Renten usw. noch leisten zu können. Jedenfalls ist er praktisch zahlungsunfähig. Diese Unfähigkeit, der Mangel an benötigtem Geld, hat allerdings einen wesentlichen Grund, der gar nicht bei der griechischen Regierung und in deren Haushaltsdefizit liegt: Die Finanzmärkte sind – aus ihren Gründen – nicht mehr bereit, das Defizit zu finanzieren, also den Staat mit dem Geld auszustatten, das er braucht und seine Steuerbehörden nicht herbeischaffen. Sie sind insbesondere nicht mehr bereit, das bei Staatsanleihen – und nicht nur da – übliche Verfahren fortzuführen und die Bezahlung von Zinsen und fälligen Forderungen mit neuen Krediten und der Vermarktung neuer Staatsanleihen sicherzustellen. Oder sie wären dazu bereit, aber nur zu Bedingungen, die den griechischen Staatshaushalt so belasten würden, dass sich endgültig kein Kreditgeber mehr dafür finden würde. Zu hoch ist die griechische Staatsverschuldung also fürs

Finanzkapital, nämlich für dessen Kalkül mit Sicherheit und Rendite seiner eigenen Handelsware, der Schuldpapiere aus Athen.

GegenStandpunkt in Radio Unerhört Marburg

(Antenne 90,1 MHz,
Kabel 107,25 MHz,
Livestream über
www.radio-rum.de)

Analysen und Kommentare zum aktuellen Weltgeschehen

Jeden Mittwoch 18.30 Uhr,
(Wiederholung am Donnerstag
0.30 Uhr und 13.30 Uhr);
an jedem 2. Freitag im Monat
19.00 - 20.00 Uhr,
(Wiederholung am folgenden
Montag um 06.00 Uhr)

Bei dieser Risikoabschätzung richten die Rating-Agenturen und die Investoren ihren kritischen Blick natürlich – wohin auch sonst! – auf ihren Kunden. Sie taxieren dessen Einnahmen und Ausgaben, im Fall eines Staates also Steueraufkommen und Wirtschaftswachstum auf der einen, Kosten der Staatstätigkeit und aufgelaufene Verbindlichkeiten auf der anderen Seite. Sie verlängern ihre Befunde in die Zukunft, wobei sie die verschiedensten Faktoren, nicht zuletzt ihr Urteil über die Politik der Regierung und deren Personal, berücksichtigen. Aus ihren Ermittlungsergebnissen leiten die Finanzinstitute ihre Entscheidungen ab; im Fall Griechenlands aus ihrer Einschätzung, dass bei diesem Staat das Verhältnis zwischen Steuereinnahmen, Ausgaben und deswegen nötiger Kreditaufnahme nicht in Ordnung ist und sich weiter verschlechtern dürfte; nicht zuletzt deswegen, weil sie für so einen Haushalt allenfalls kurzfristig und gegen extra hohe Zinsen Geld hergeben. Für sie ist der griechische Staat kreditunwürdig, und damit ist er zahlungsunfähig. Und so ist es auch ganz in Ordnung: Unter den Bedingungen eines perfekt entwickelten Kredit systems sind die finanziellen Fähigkeiten eines Schuldners nicht mehr einfach eine Frage seiner Geldeinnahmen und -ausgaben, sondern von der professionellen Bewertung seines Geschäftsmodells abhängig. Und das gilt erst recht bei

Staaten, die den Finanzmärkten kein Geschäft, sondern ihre Herrschaft über ein nationales Geschäftsleben als Sicherheit zu bieten haben. Deren finanzielle Handlungsfreiheit, also die Verfügung über Mittel, die sich zur Steigerung der Effizienz ihrer Herrschaft einsetzen lassen, hängt von ihrer Kreditwürdigkeit ab. Und die ist eine Ermessensfrage, die das internationale Kreditgewerbe nicht bloß einmal, sondern permanent aufwirft und nach kritischer Prüfung von Chancen und Risiken beantwortet – letzteres übrigens nie in einem aus ökonomischer Vernunft erwachsenden Einvernehmen der Investoren, sondern auf dem Wege einer Konkurrenz der Kreditgeber um eine optimale Kombination von Risiko und Ertrag. Der freiheitliche Wettstreit finanzkapitalistischer Geschäftsmodelle ist die ehrenwerte Entscheidungsinstanz, die über die Zahlungs/unfähigkeit der Staaten befindet. Jeder nachfolgende europäische Problemfall macht das noch deutlicher: Was Irland und Portugal an den Rand des Bankrott treibt, was mittlerweile die Zahlungsfähigkeit Spaniens und Italiens gefährdet, das ist kein unvermutetes neues Defizit im Haushalt dieser Länder – die Lücken im Staatshaushalt werden im Gegenteil mit massiven Sparprogrammen gesenkt –, sondern die von Woche zu Woche oder sogar täglich revidierte Einschätzung des Risikos, mit dem Finanzinvestoren da zu rechnen haben.

So ähnlich nehmen das übrigens die Öffentlichkeit und die amtierenden Verantwortlichen in den betroffenen Ländern wahr. Die beklagen sich heftig über die Ungerechtigkeit der Rating-Agenturen, die die nationalen Sparanstrengungen nicht würdigen, und über den Irrsinn der Märkte, die von einer Übertreibung in die nächste fallen. Damit handeln sie sich dann den Gegenwurf verantwortungsloser Schuldenmacherei in der Vergangenheit ein; und so geht die Diskussion der Schuldfrage ihren Gang. Darüber geht dann endgültig eine nicht unwesentliche sachliche Unterscheidung verloren: Mit ihren Defiziten, ihrem Mangel an Finanzmitteln ständen die Staaten überhaupt dumm da, wenn das Kreditgewerbe nicht willens und in der Lage wäre, Finanzmittel zu liefern und die aufgeschriebenen Forderungen als zinstragendes Geldkapital anzuerkennen und als solches: als Quellen eines Vermögenszuwachses zu vermarkten. Die Finanzinstitute stellen die Ware bereit, die die Staaten brauchen, nämlich das Geld von Investoren; sie decken den Bedarf – und zwar im Prinzip jeden, gemäß ihrem Risikokalkül –, den die Staaten bei ihnen anmelden, aus eigenen Mitteln und aus dem Weiterverkauf

von Wertpapieren. Sie bringen Staatsschulden als Geldkapital in Verkehr, und zwar in großen und immer größeren Mengen; auf der einen Seite deswegen, weil moderne Staaten sich gerne dieser Art der Finanzierung ihrer vielen Aufgaben bedienen. Auf der anderen Seite schätzen Banken und Geldanleger Staaten aufgrund ihrer Hoheit über einen nationalen Kapitalismus als besonders sichere Schuldner. Sie nutzen deren Geldbedarf für Leihgeschäfte und Investitionen, die von vornherein auf die Einlösung von Zahlungspflichten durch immer neue Staatsanleihen berechnet sind. Das steigert das Volumen des Kreditgeschäfts und seine Wachstumspotenzen enorm – mit eindeutigen Ergebnis: Was die Finanzmärkte jetzt den Staaten als Überschuldung vorrechnen, ist ihr Werk und das beachtliche Resultat ihrer Leistungsfähigkeit.

**Politischer Diskussionskreis
des Gegenstandpunkt
in Marburg
zu aktuellen
politischen Themen und
Themenvorschlägen der
Teilnehmer**

Treffpunkt: Philosophische Fakultät
(PhilFak), Wilhelm-Röpke-Straße 6,
Treffpunkt: Foyer am Haupteingang

**Aktuelle Termine und Themen
unter
www.gs-marburg.de**

Mit dieser Leistungsfähigkeit, so wie sie sich als Quelle der derzeitigen Überfülle an Geldkapital aus Staatshaushaltsdefiziten betätigt hat, hat es freilich eine besondere Bewandnis. Die Staaten, deren Schulden jetzt prinzipiell kritisch begutachtet werden, haben daran nicht nur in der Weise mitgewirkt, dass sie das Finanzgeschäft mit reichlich Stoff versorgt haben. Ihr Verdienst ist auch, dass die Finanzmärkte überhaupt noch aktionsfähig sind. Die hatten es schließlich schon vor vier Jahren mit ihrer Lizenz und ihrer ökonomischen Macht, aus Schuldverhältnissen ganze Berge von Geldkapital und auf der Grundlage eine Unmenge „abgeleiteter“ Finanztitel zu schaffen, zu dem gewaltigen Geschäftsvolumen gebracht,

dem sie dann nicht mehr getraut und schrittweise die Geschäftsgrundlage entzogen haben, bis von dem im Finanzsektor zentralisierten kapitalistischen Reichtum überhaupt nichts mehr übrig geblieben – wäre, wenn nicht die politische Herrschaft eingegriffen hätte. Und zwar in der Rolle des Financiers, der mit enormen Summen auf eigene Rechnung die vom Finanzkapital abge- und entwerteten Kreditpapiere aufgekauft, in „Bad Banks“ verstaubt, die Liquidität der Bankenwelt wiederhergestellt und die Masse bedrohter Geldkapitalvermögen in Geltung gehalten hat. Um der marktwirtschaftlich unverzichtbaren Leistung des Kredits willen haben die Staaten damals als Kreditgeber und Neu-Ausstatter der Finanzwelt die Macht der Branche zur Kreditschöpfung gerettet – und sogleich in Anspruch genommen: Ihren Aufwand haben sie als Defizit verbucht, als Schuldpapier mit Zinsversprechen sachgemäß verbrieft und an Finanzinvestoren verkauft; deren Zahlungsfähigkeit und Kaufbereitschaft haben zugleich die staatlichen Notenbanken mit einer besonders großzügigen Geldpolitik: mit der Ausleihung von Liquidität zu niedrigsten Zinssätzen sichergestellt. An diesen Staatsschulden hat die Branche dann auch prompt ihre wiederbelebte Leistungskraft bewiesen: Sie hat daraus Kapitalanlagen und damit Umsatz und schon wieder viel Wachstum gemacht. Wenn sie das Ergebnis nun pauschal den Staaten als deren Überschuldung vorrechnet und praktisch den schlechtesten Schuldnern zur Last legt, dann beweist sie darüber hinaus, dass auch ihr spekulatives Urteilsvermögen, das immerzu auf den Schuldner reflektiert, wieder voll ins Recht gesetzt worden ist. In der Sache freilich stellt sie sich kritisch zu ihrem eigenen Werk: Sie beurteilt ihre eigene Leistung als zu groß. Mit dem gewerbsmäßigen Gebrauch öffentlicher Schulden hat das Finanzkapital erneut sein Wachstum so weit getrieben, dass ihm angst und bange wird beim Blick auf die Schuldner, die ihm mit ihren Zahlungsverprechen immer neuen Stoff nachliefern wollen und sollen und auch müssen, um den Wert ihrer schon ausgegebenen Anleihen aufrechtzuerhalten. An denen nimmt es wahr, dass die Krise, in die es vor Jahren sein eigenes Geschäft und seinen eigenen Reichtum gestürzt hat, durch die hilfreiche Intervention der Politik überhaupt nicht bereinigt, sondern eben bloß verstaatlicht worden ist: Nun begründet die erfolgreiche Akkumulation staatlich garantierter Schuldpapiere den Zweifel, ob die Branche sich weiterhin für ihr Wachstum auf diese Reichtumsquelle verlassen kann. Sie hat im Geschäft mit den Öffent-

lichen Gewalten zu viel Geldkapital akkumuliert – zu viel, um einfach so weiter zu machen, also zu viel für ihren Geschäftszweck.

Was nun?

**Was zu viel ist, gehört gestrichen.
Aber genau das darf nicht
passieren.**

Die Kreditwirtschaft fokussiert ihr Misstrauen gegen staatliche Euro-Kredite einstweilen auf Kandidaten, die seither auch offiziell als Peripherie Europas gelten. Dem griechischen, irischen und portugiesischen Staat nimmt sie neue Anleihen, die für die Bedienung fälliger Schulden dringend benötigt werden, nicht mehr ab oder nurmehr bei ganz kurzer Laufzeit zu extra hohen Zinsen; auch der spanischen und der italienischen Regierung stellt sie ihre Skepsis in Form von zusätzlichen Prozentpunkten bei der Verzinsung neuer Wertpapiere in Rechnung. Indem sie ihre Schuldner kritisch vergleicht, betätigt sich die Branche zugleich als praktischer Kritiker ihrer bisherigen Geschäftstätigkeit: Was die Banken an staatlichen Finanztiteln längst gekauft und in Verkehr gebracht haben, das erklären die Rating-Agenturen für mehr oder weniger unsicher und dementsprechend entwertet, am Ende für Ramsch; die Märkte richten sich danach oder nehmen dieses Urteil schon vorweg, senken den Preis der Ware oder stellen den Handel damit überhaupt ein. Wie viel Kapitalvermögen die Depots noch enthalten, in denen solche Papiere herumliegen, ist eine Frage des Berechnungsmodus, der auf derartige Bilanzposten anzuwenden ist. Überzählig und deswegen als Geldanlage untauglich sind also keineswegs nur die neuesten Schuldscheine. Der Befund einer Überschuldung betrifft den Gesamtbestand aufgehäufter Forderungen. Entwertet wird alles, und zwar durch die Konkurrenz der Marktteilnehmer, die das theoretisch Unmögliche fertig bringt und die finanzpolitischen Umstände des Schuldners in Prozente bei der Zahlungsausfallversicherung und bei der rückwirkenden Senkung der emittierten Kapitalbeträge umrechnet.

Was zu viel ist, wird also gestrichen. Und wenn das Kreditgewerbe damit erst einmal angefangen hat, hört es so schnell nicht auf. Wo die Misstrauenserklärung gegen einen staatlichen Kunden sich als berechtigt erweist, indem sie von den Märkten geteilt und in einer Wertminderung seiner Anleihen beziffert wird, da wird bei den nächsten Schuldnern umso genauer hingeschaut. Rating-Agenturen mahnen zur Vorsicht. Wagemutige Spekulanten setzen auf weitere Entwertungen

und testen, wie weit die Märkte ihnen folgen. So ergreift die Zahlungskrise immer mehr Staatshaushalte. Das mindert das Kapitalvermögen der Finanzwelt selber, und zwar im doppelten Sinn: Der bezifferte Reichtum schmilzt zusammen, und damit schwindet die Potenz der Branche, Geschäfts- und Staatenwelt mit Kredit zu versorgen. Man wird vorsichtiger, verweigert die Überlassung von Liquidität auch untereinander; griechische Banken bekommen schon seit Jahren von deutschen und anderen europäischen Geldhäusern keinen Kredit, und neuerdings leihen auch die sich untereinander nicht mehr wie gewohnt, was sie für ihren Zahlungsausgleich brauchen. So beschränken die Banken ihr eigenes Geschäftsvolumen und wechselseitig das ihrer Partner. Soweit dessen Zunahme die Grundlage für die Emission von Wertpapieren der Kreditinstitute selber war, wird auch deren Wert zweifelhaft. So zieht ein Vermögensverlust den nächsten nach sich. Der Mechanismus der Wertschöpfung durch Akkumulation, das banale Geheimnis der ökonomischen Macht des Finanzkapitals, wirkt umgekehrt als Verallgemeinerung einer Kettenreaktion, bei der Misstrauen Reichtum kostet und verschlechterte Bilanzen Geschäft zum Erliegen bringen. Der gesamten Branche, in der alle Akteure als Schuldner und Gläubiger, Emittenten und Investoren zugleich handeln und voneinander abhängen, droht die *Krise*: der Umschlag einer von misstrauischer Berechnung diktierten Verweigerung und Kündigung von Krediten und Finanzgeschäften und der kalkulierten Abschreibung von Vermögenswerten in eine um sich greifende *Unfähigkeit*, für die Verwandlung von Schulden in Geldkapital einzustehen. So etwas steht in der Euro-Zone bevor. Und der Fall darf auf keinen Fall eintreten.

Dabei ist es so: Den Staatsbankrott Griechenlands könnten sich die maßgeblichen Euro-Politiker allenfalls vorstellen. Damit könnten sie zur Not fertig werden – aus dem lebendigen Ethos der nationalen Konkurrenz heraus, dem Geist der Verachtung fremder Konkurrenz-Verlierer, werden ihnen aus den eigenen Reihen und aus Teilen der Fachwelt reichlich Mahnungen und Ratschläge dieses Inhalts zugestellt. Dagegen spricht freilich, dass es mit Sicherheit nicht beim Fall Griechenlands bleiben würde. Mit der Zulassung des Bankrotts dieses Staates und seinem Ausschluss aus dem Euro-Club wäre der Zerfall der Währungsunion eingeleitet und in der Folge eine Revision des Einigungsprozesses überhaupt zu erwarten. Das ist – bislang jedenfalls – überhaupt nicht im Interesse der Staaten,

die sich als Führungsmächte Europas zur Weltmacht aufschwingen wollen. Zu diesem politischen Argument kommt das ökonomische: Auch wenn regierende Nationalisten ebenso wie die regierten für die *Schuldner*, Griechenland & Co, keinen Euro übrig haben, so kommen sie doch nicht umhin, an die *Gläubiger* zu denken. Der Alarmruf, ein Bankrott Griechenlands mit seinen Folgeschäden für die griechischen und andere europäische Banken sowie für deren Kreditgeber in Europa und Übersee wäre „schlimmer als Lehman Brothers“ – der Zusammenbruch der amerikanischen Großbank im Herbst 2008, der im Rückblick als der eigentliche Auslöser der großen Finanzkrise gilt –, beschwört eine womöglich unbeherrschbare Katastrophenlage, sollte die EU auch nur ihren schwächsten Partner abschreiben. Unabdingbar wäre auf jeden Fall eine Refinanzierung der „systemisch“ gefährdeten europäischen Bankenwelt, was auch nicht billiger wäre – auch die Alternative haben Experten schon durchgerechnet – als die Finanzierung des griechischen Staatshaushalts.

Die Finanzbranche hat also mit der machtvollen Kreditierung der Euro-Staaten definitiv zu viel Geldkapital geschaffen, als dass sie dessen weiteres Wachstum noch für sicher halten – und das heißt: als dass sie dessen Bestand aufrechterhalten könnte. Dass sie ihr Abbruchwerk begonnen hat, ist der praktische Beweis, der Vollzug dieser Sachlage. Indem sie ausgewählte Euro-Staaten ruiniert, bescheinigt sie ihrem Gesamtkunstwerk aus Forderungen und Verbindlichkeiten und daraus erwachsendem Reichtum seine Unhaltbarkeit wegen Übergröße. Sie programmiert damit in letzter Konsequenz ihre Selbstzerstörung. Zugleich gilt jedoch: Die Finanzmärkte haben viel zu viel Geldkapital geschaffen und die Geschäfts- wie die Staatenwelt damit versorgt, als dass dieser Reichtum kaputt gehen dürfte. Das viel beschworene „too big to fail“ gilt eben nicht bloß für die handgezählten paar Großbanken, auf die diese Formel angewandt wird – gelegentlich in der lächerlichen Absicht, deren Zerlegung als Lösung aller Finanzkrisenprobleme zu empfehlen –: Es gilt auch für die paar Allergrößten der Branche nur deswegen, weil die Branche insgesamt mit ihrem Wachstum die ganze Welt von ihren Leistungen und Produkten und damit vom Fortgang ihrer gewinnträchtigen Geschäfte abhängig gemacht hat. Die krisenhaft offenbar gewordene *Überakkumulation* muss weitergehen.

Das bedeutet praktisch:

In der Krise der Staatsschulden sind die verschuldeten Euro-Staaten als Garanten ihrer Schulden gefordert – also als Konkurrenten herausgefordert.

In Gefahr ist, wie vor drei Jahren, der Fortgang des Finanzgeschäfts; womöglich überhaupt, auf jeden Fall in dem Umfang, der für den Fortbestand des akkumulierten Geldkapitals, für den Kreditbedarf der restlichen Wirtschaft und für denjenigen der Staaten unbedingt erforderlich ist. Eine Garantie des aus Schulden geschöpften Kapitalvermögens, mit dem die Branche wirtschaftet, ist verlangt – eine Garantie, die die Branche selbst nicht zu stiften vermag; deren Akteure sind ja gerade damit befasst, in heftiger Konkurrenz um ihren je eigenen Besitzstand das Vertrauen in den Geschäftsgang ihrer Partner und Kunden aufzukündigen. Als Garant ihres Reichtums kommt wieder nur, wie vor drei Jahren, die Staatsgewalt in Frage. Sie ist der einzige Akteur, dessen Macht, glaubwürdig Kredit zu schöpfen, nicht vom Erfolg der damit bewerkstelligten Geschäfte abhängt: Sie beruht auf der *Herrschaft über* ein ganzes kapitalistisches Geschäftsleben. Die Staaten sehen sich jedenfalls erneut zu rettendem Eingreifen herausgefordert – und schon das ist so widersprüchlich wie vor drei Jahren: Die souveräne Gewalt über einen Kapitalstandort soll hergeben, was der Kapitaleinsatz am Standort selber nicht mehr leistet, nämlich für den Wert, und das heißt: für die Ertragskraft einer Unmasse von Schuldpapieren geradestehen. Was das finanzkapitalistische Geschäftsleben sich und dem Rest der Welt schuldig bleibt, das soll die Staatsgewalt dadurch ersetzen, dass sie mit ihrem Kredit Wertpapiere aufkauft oder einlöst und dadurch deren Kapitalqualität beweist. Dafür muss sie sich als Geldquelle bewähren. Und damit wird der Widerspruch komplett. Denn was die Staatsgewalt an Geld zu mobilisieren vermag, ist ja wieder nichts anderes als Kredit, also eine Vermehrung genau der öffentlichen Schulden, die die Finanzwelt als den derzeit größten Unsicherheitsfaktor für ihr Geschäft einschätzt und selektiv entwertet. Dieselbe Instanz, der in ihrer Eigenschaft als Emittent von Wertpapieren die Zuverlässigkeit bestritten wird, soll als Kreditgeber, als solventer Aufkäufer und Einlöser von Papierwerten geschäftswirksames Vertrauen stiften. Oder andersherum: Dieselbe Instanz, die mit zuverlässiger Zahlungskraft für die Finanztitel bürgen soll, an denen der Reichtum der Ge-

schäftswelt hängt, und die auch als einzige dafür bürgen kann, hat nicht bloß kein Geld, sondern verliert gerade ihren Kredit. Mit Geld, das sie nicht haben, müssen die politischen Souveräne sicherstellen, dass die Akkumulation im Finanzgewerbe weitergeht, die deren Urheber und bisherige Nutznießer als *Über-Akkumulation* verwerfen.

Renate Dillmann

China

Ein Lehrstück über alten
und neuen Imperialismus,
einen sozialistischen
Gegenentwurf und seine
Fehler, die Geburt einer
kapitalistischen Gesellschaft
und den Aufstieg einer neuen
Großmacht

VSA-Verlag, Hamburg 2009

400 Seiten 22,80 €

ISBN 978-3-89965-380-9

So widersprüchlich, wie sie ist, stellt sich die Herausforderung, den eigenen Kredit zu retten, für die politisch Verantwortlichen indessen nicht dar. Die gehen zwar davon aus, dass die prekäre Lage – irgendwie – sie alle betrifft, also allgemeiner Natur ist. Sie schließen sich auch der Diagnose ihrer Fachwelt an, die die allgemeine Überschuldung der Staatshaushalte im Euro-Raum – und anderswo – als den letzten Grund der Krise identifiziert. Tatsächlich sind die Euro-Staaten aber nicht in gleicher Weise betroffen. Ihre finanzpolitische Situation ist ganz unterschiedlich. Als schlechte Schuldner gelten nur die einen; die anderen haben bei den Finanzmärkten noch jede Menge Kredit. Die paradoxe Notwendigkeit, mit staatlicher Kreditschöpfung dem Finanzkapital sein zunehmendes Misstrauen in sein eigenes Riesenwerk aus staatlichen und anderen Schuldpapieren abzukaufen, übersetzt sich praktisch in die Zumutung an die potentesten Mitglieder der Euro-Zone, mit ihrer noch unbestrittenen Zah-

lungsfähigkeit für den Schuldendienst ihrer zahlungsunfähigen Partner einzustehen und mit ihrem guten Kredit den Krediten schwächerer Partner zu einer besseren Bewertung zu verhelfen. So finden sich die einen in die Rolle von Bittstellern gedrängt, die bei ihren Partnern um Kredithilfe nachsuchen müssen, und versuchen, denen klarzumachen, dass ihr Problem ein allgemeines ist. Die anderen wägen die – wie auch immer plausibel gemachte – Notwendigkeit, die Euro-Zone insgesamt und deren Kredit und Währung zu retten, gegen den Anspruch ab, dass der an schwächere Partner vergebene Kredit sich für sie, national, lohnen muss. In dieser Form, *als Konkurrenzaffäre*, wird die Krise für die zuständigen Machthaber zur politischen Herausforderung.

In all den zähen Auseinandersetzungen, die von der Härte der Konkurrenz der Nationen in Euroland zeugen, wird natürlich umgekehrt deutlich, um was es in *dieser Konkurrenz* geht, was da politökonomisch Sache ist. Der eigentliche Gegenstand aller Krisentreffen sind gar nicht bloß die Haushalte der „Schuldensünder“. Die national inspirierte kritische Nachfrage, ob deren Unterstützung, die Haftung für Pleite-Staaten, überhaupt im Interesse der besseren Finanzmächte ist, zielt gar nicht auf nachzählbare Erträge. Sie ist vielmehr von der Sorge diktiert, eine zu weit gehende Haftung würde den eigenen Kredit verschlechtern, die eigene Finanzmacht schmälern. Dieselbe Sorge äußert sich in dem Bedenken, ob Finanzhilfen für Griechenland und andere deren Überschuldungsproblem überhaupt lösen können oder ob nicht immerzu neue Hilfszahlungen nötig werden, die dann die Haushalte der starken Mitglieder überfordern. Befürchtet wird eine fortschreitende *Verallgemeinerung* der Überschuldungskrise. Und diese Befürchtung hat Gewicht – ebenso wie die Warnung der Befürworter von Hilfskrediten, andernfalls wäre das gesamteuropäische Bankensystem in Gefahr –, weil die Krise der Euro-Staatsschulden tatsächlich eine *allgemeine* Angelegenheit ist. Sie ist nur so bedrohlich, wie sie ist, weil in der Entwertung der Kredite der Peripherie-Staaten die Verstaatlichung der entwerteten Kreditpapiere der Finanzwelt – mit gehöriger Verzögerung und nach Maßgabe des spekulativen Vergleichs der staatlichen Schuldner – auf die Urheber dieser Rettungsaktion zurückfällt. Der Meinungsstreit zwischen den nationalen Parteien – die einen beschwören die Notwendigkeit, die anderen die Gefahren einer Vermehrung europäischen Kredits durch die finanzstarken Länder zugunsten der schwä-

cheren –, macht nur von den entgegengesetzten Positionen her deutlich, dass die einen *genauso* wie die andern in die Krise des Euro-Kredits verstrickt sind. Der Kampf finanzpolitischer Patrioten um den nationalen Nutzen aus der politischen Bearbeitung der Schuldenkrise ist nichts anderes als die Art, wie die Staaten sich vom Standpunkt ihrer Konkurrenz an dem politökonomischen Widerspruch ihrer Krisenlage zu schaffen machen: an dem Widerspruch, das Finanzkapital vor erneuter Selbsterstörung durch Entwertung seiner Handelsware bewahren zu müssen und zu wollen – durch die massive Vermehrung der von Entwertung betroffenen Finanzprodukte.

Ganz in diesem Sinn gerät auch die EZB in die Diskussion. Die Euro-Notenbank ist bereits in den ersten Phasen der weltweiten Krisenbewältigungspolitik bei der Staatsaktion zur Vertrauensstiftung als Hilfsorgan in Aktion getreten; nicht gerade als „Bad Bank“ für die Neutalisierung „toxischer“ Wertpapiere, jedoch mit der Bereitstellung von Zentralbankgeld quasi zum Nulltarif; damit hat sie den Bankensektor liquide gehalten und den Absatz der neuen Staatsanleihen gefördert. Ob mit einer solchen Aktion nicht auch die aktuelle Staatsschuldenkrise zu entschärfen wäre, fragen sich Politiker und Fachleute und gelangen im Sinne ihrer patriotischen Parteilichkeit zu den entsprechenden entgegengesetzten Antworten, die auf ihre Art auch wieder ganz aufschlussreich sind.

Die Befürworter einer möglichst weit gehenden Intervention der EZB, naturgemäß vor allem aus den hilfsbedürftigen Staaten, bringen mit ihrem geradlinigen Interesse an Zentralbankgeld für unabweisbaren Staatsbedarf ein Stück politische Ökonomie des Kredits ins Spiel. Tatsächlich betätigt sich ja in der Notenbank die Staatsgewalt auf spezielle Weise als politökonomisches Subjekt: nicht als Gestalter eines Haushalts, der Kredit aufnimmt und vergibt, sondern als hoheitlicher Geldschöpfer, der dem gesamten Bankgeschäft einseitig als letztinstanzlicher Kreditschöpfer gegenübertritt und für seinen Kredit absolute Zuverlässigkeit beanspruchen kann, weil die ausgegebenen Kreditzeichen gesetzliche Zahlungsmittel, also unbedingte Liquidität sind. Natürlich kennt und respektiert auch dieser Teil der parteilichen Fachwelt, der sich direkten Zugang des Staatshaushalts zu amtlichem Bargeld wünscht, die Maßregel, die moderne Staaten sich in der Hinsicht zurechtgelegt haben: Kreditaufnahme durch die öffentliche Hand hat über die Geschäftsbanken zu erfolgen; Investoren sollen daran verdienen und mit

ihrem interessiert kritischen Kalkül zugleich sicherstellen, dass die Staatsverschuldung in Einklang mit den Akkumulationsinteressen und insbesondere mit den Sicherheitsbedürfnissen der Spekulationsbranche erfolgt. Von dieser Handlungsmaxime rücken Regierungen aber auch wieder ab, wenn die Notlage ihrer Finanzen es ihnen geboten erscheinen lässt. Dann deckt „die Druckerpresse“ ganz ohne finanzgewerbliche Zwischenstufe die unabweisbaren Defizite ab: Die Staatsmacht nutzt ihre Geldhoheit zur Selbstfinanzierung. So etwas wäre jetzt für den Euro-Raum angebracht.

Gegen einen solchen laxen Umgang mit der Selbstdisziplinierung des politischen Souveräns führen die Interessenvertreter der Nationen, die Hilfe leisten sollen und nach dem nationalen Nutzen fragen, zwei Bedenken an. Zum einen warnen sie vor der Geldentwertung, die unausweichlich droht, wenn infolge einer allzu freigebigen Geldpolitik am Ende eine Geldmenge in Umlauf ist, die die käufliche Warenmenge überschreitet. Die volkswirtschaftslehrbuchmäßige Vorstellung, die dieser Gefahrendiagnose zugrunde liegt – an der Menge des Geldes wird eine verkehrte Bestimmung seines Zwecks festgemacht, nämlich „den Markt zu räumen“ –, mag albern sein. Problematisiert wird aber auch damit ein Stück politische Ökonomie des Kredits: Der moderne Staat setzt gesetzliche Zahlungsmittel in die Welt, um das private Kreditgeschäft und dessen Wachstum durch die Bereitstellung liquider Mittel zu fördern; und dieser Zweck wird nur erfüllt, wenn die Emission von Notenbankgeld sich nach dem Bedarf des Kreditgewerbes richtet und dessen Erfolg das „Geld drucken“ rechtfertigt. Die Schaffung von gesetzlichen Zahlungsmitteln für die Werterhaltung von Finanztiteln, denen die Märkte von sich aus keine Vermehrungschance mehr einräumen, widerspricht dieser Zweckbestimmung eindeutig und ruiniert auf Dauer die ökonomische Rechtfertigung des notenbankamtlichen Geldes als Wertzeichen für erfolgreich angewandten Kredit. Insofern nehmen die Kritiker einer „Politik des leichten Geldes“ an der Geldmenge, deren Übermaß sie für schädlich halten, auf verkehrte Art die wirkliche Krisenlage wahr: die Überakkumulation des Geldkapitals, das die überschuldeten Staaten gerne dadurch in Geltung halten würden, dass sie Geld ganz ohne kapitalistische Rechtfertigung dafür in Umlauf bringen.

Aus der Überakkumulation finanzkapitalistischen Reichtums wird dank dieser Sichtweise ein Problem der Geldmengensteuerung, über dessen Lösung die Feinde

des inflationären Gelddrucks allenfalls mit sich reden ließen. Gegen den Wunsch, die EZB so in die Sanierung der Staatsfinanzen bankrotter Euro-Staaten einzubeziehen, haben sie aber noch einen anderen, prinzipiellen Einwand: Geldschöpfung für diesen Zweck ist der Notenbank per Statut verboten. Und das ist durchaus mehr als eine rechtliche Formalie. Schon mit der Konstruktion einer supranationalen Notenbank mit dem alleinigen Recht zur Emission gesetzlicher Zahlungsmittel ist den Euro-Staaten im Prinzip ihre Geldhoheit entzogen; mit dem Auftrag an die EZB, bei der Geldschöpfung allein auf die Stabilität ihres Produkts zu achten – also nichts zu emittieren, was nicht durch erfolgreichen Gebrauch als Mittel für kapitalistische Geschäfte gerechtfertigt wird –, verzichten die Partner auf das Recht, Notenbankgeld notfalls zur Selbstversorgung mit Haushaltsmitteln zu benutzen. Positiv legen sie sich so darauf fest, die politische Handlungsfreiheit, die sie sich mit ihrem Kredit verschaffen – nämlich bei der Bewirtschaftung ihres Standorts über die Schranken hinauszugehen, die sie sich bei dessen steuerlicher Inanspruchnahme setzen –, ganz dem Regime des Finanzkapitals und dessen spekulativen Erfolgskriterien unterzuordnen. Von dieser Festlegung versprechen sich die Euro-Länder Verfügungsmacht über ein stabiles Geld. Und solange das Finanzkapital stark und solide genug wächst und den staatlichen Finanzbedarf hinreichend bedient, geht die Rechnung auch auf. Darauf pochen die Interessenvertreter der finanzstarken Länder. Auf der getroffenen Festlegung bestehen sie als dem Erfolgsrezept, mit dem sie immer gut gefahren wären; was freilich nur in einem ironischen Sinne stimmt: Die Wachstumserfolge ihrer nationalen Ökonomie haben die Kreditbedürfnisse der Regierungen hinreichend bedient, so dass eine spezielle Inanspruchnahme der Notenbank kaum zur Debatte stand; das Erfolgsrezept bestand darin, dass der Erfolg besondere Rezepte zur Geldversorgung der öffentlichen Hand überflüssig gemacht hat. Bleibt der Erfolg aus, dann erweist sich die Erfolg versprechende Handlungsmaxime als Hindernis für die Staatsgewalt, so zu agieren, wie sie gefordert ist, nämlich als Instanz, die unabhängig von allen finanzkapitalistischen Rechnungen, gegen deren womöglich ruinöse Wirkungen vorgeht und ihre Macht zur Korrektur ökonomischer Misserfolge, insofern also *unkapitalistisch* einsetzt. Ein solches Vorgehen erklären die Verfechter des reinen EZB-Statuts für grundsätzlich kontraproduktiv: Sie bestehen darauf, dass die in der Krise notwendige Korrektur

der Märkte auf keinen Fall die ökonomische Weisheit der Märkte außer Kraft setzen darf.

Auch dieser Streit um die richtige Geldpolitik der EZB ist nicht aufzulösen, weil die widerstreitenden Standpunkte die entgegengesetzten Seiten des einen prinzipiellen Widerspruchs repräsentieren: Die Schuldenkrise nötigt die Staaten, die ruinöse Logik des Finanzkapitals zu korrigieren, auf dessen Leistung sie bauen. Sie müssen die Berechnungen der Spekulanten durchkreuzen, um deren Spekulation wieder produktiv zu machen. Deswegen müssen sie den Märkten die fortschreitende Entwertung von Vermögensiteln abkaufen – mit Geld, das sie nicht haben. Das müssen sie entweder von ihrem Notenbanksystem – dem „lender of last resort“ – emittieren lassen, was dessen Stellung als Garant erfolgreicher Kreditverwendung widerspricht und den Wert seiner Produkte in Frage stellt. Oder sie müssen es sich leihen – von denselben Märkten, die gerade für die fortschreitende Entwertung staatlicher Vermögensittel sorgen. Der Streit ums richtige Rezept zur Wiederherstellung der systemnotwendigen Produktivkraft des Finanzgewerbes verrät insofern nur eins: Das Interesse der Finanzunternehmen an der Sicherung ihres Reichtums, notfalls auf Kosten ihrer Partner, ihrer Kunden und des ganzen Systems, und das Staatsinteresse an der Funktionstüchtigkeit der Branche in der Krise fallen auseinander; und nachdem diese Entzweiung eingetreten ist, gibt es *kein Rezept*, mit dem die Symbiose von Privatinteresse und „systemischer“ Funktion des Gewerbes herbeizuführen wäre. Bzw. nur das eine, das kein Rezept in dem Sinn ist: neue Wachstumserfolge des Finanzkapitals *ohne die Last* seines seit Jahren mit allen politischen Mitteln aufrechterhaltenen *überakkumulierten Reichtums*.

Der Streit um die richtige Krisenbewältigungspolitik steht freilich auch dafür, dass die Politik sich auf die Krise eben als Streitobjekt bezieht. Für die Machthaber der Euro-Zone existiert die *Krise als Gegenstand ihrer Konkurrenz*. Für sie ist Krisenbewältigung ein Machtkampf. In dem Sinn gibt es für sie viel zu tun.

Auch die USA sind überschuldet – für die krisenhafte Zuspitzung sorgt die politische Spitze der Weltmacht selber.

Amerika ist nicht Griechenland; das hat die Fachwelt herausgefunden, auch wenn sie den USA zugleich bescheinigt, letztlich genauso hemmungslos „über ihre

Verhältnisse gelebt“ und konsumiert zu haben, wie sie es den Südeuropäern nachsagt. Auf jeden Fall geht der Fortschritt der Krise auf der anderen Seite des Atlantik anders vonstatten als in der Euro-Zone. Dass der Staat überschuldet sei, entscheiden nicht die Märkte mit steigenden Zinsforderungen, der Entwertung vorhandener Anleihen und Einbrüchen im Handel damit. Das beschließt eine intransigente Opposition, die mit ihrem Einfluss auf die Parlamentsmehrheit der Regierung das Recht auf weitere Kreditaufnahme versagt. Deren Beweggrund ist auch kein ökonomisches Kalkül. Sie wird angetrieben von der Überzeugung, die Freiheit des US-amerikanischen Konkurrenzsubjekts samt Vermögen und Familie vor dem Zugriff einer Staatsgewalt retten zu müssen, die den Reichtum der von Gott auserwählten Nation missbraucht und verspielt. Nicht nur in seinem moralischen Rigorismus kann sich dieser Standpunkt mit der Idee messen, mit der der amtierende Präsident seinen Wahlkampf bestritten und gewonnen hat, nämlich mit dem Glauben an die Notwendigkeit, Amerika durch einen grundsätzlichen „Change“, eine Neubelebung der sittlichen Produktivkraft eines zukunftsreichen, solidarischen und sogar umweltbewussten Volkes, aus seinem Verfall herauszuführen. Beide Parteien stellen ihrem Land die Diagnose, dass es ganz grundsätzlich nicht so weitermachen und vor allem nicht mehr weiter so wie bisher wirtschaften kann, wenn es seine Ausnahmestellung nicht verlieren will. Und diese Diagnose enthält einen ökonomischen Befund, der sich mit den sorgenvollen Berechnungen deckt, die Unternehmen und Märkte innerhalb und außerhalb der USA seit dem Krisenjahr 2007 anstellen. Auf ihren sachlichen Kern reduziert, ist die Sorge die: Der viele Kredit, den die Regierungen seither zur Abwendung eines flächendeckenden Bankrotts der Finanzwelt, zur Rettung und Sanierung wichtiger Großunternehmen sowie für diverse Konjunkturprogramme geschöpft haben, zahlt sich für die Nation zu wenig oder überhaupt nicht aus. Jedenfalls hat er keinen neuen Aufschwung im Wirtschaftsleben der USA hervorgebracht. Stattdessen ist er eher einigen aufstrebenden Konkurrenten zugute gekommen, die sich mit dem Geld, das sie in Amerika verdienen, und den Treasuries, die sie dort erwerben, ein Stück amerikanischer, von Washington generierter und garantierter Finanzmacht aneignen und die Kräfteverhältnisse und die Reichtumsverteilung auf den Weltmärkten aufmischen. Aus dieser Lage der Nation ziehen die rechten Republikaner im Sinne ihrer moralischen Wahrneh-

mung des Weltgeschehens und ihrer daraus folgenden Quasi-Kriegserklärung gegen jedes staatliche Eingreifen in die freie Konkurrenz einen radikalen Schluss, den sie beinahe so kompromisslos durchzusetzen gedenken wie ihre geradezu religiöse Absage an jegliche Steuererhöhung: Längst sei von der Regierung viel zu viel Kredit in die Welt gesetzt worden, der im Land wie weltweit nur den Falschen nützt; jede zusätzliche Staatsanleihe könne nur noch mehr Schaden für Amerika stiften; folglich muss sofort Schluss sein mit weiterer Verschuldung.

„Beschäftigung“ –
„Globalisierung“ –
„Standort“ ...

Anmerkungen zum
kapitalistischen Verhältnis
zwischen

Arbeit und Reichtum

61 Seiten, 5,- €

ISBN: 978-2-929211-08-5

GEGENSTANDPUNKT Verlag
Kirchenstr.88, 81675 München
(089) 2721604

gegenstandspunkt@t-online.de
www.gegenstandspunkt.com

Amerika droht damit eine Zahlungsunfähigkeit eigener Art: nicht als Folge vorenthaltener oder unerträglich verteuerter Kredite, sondern wegen demokratisch herbeigeführter Zahlungsunwilligkeit des Staates. Die Konsequenzen, die die Regierung drohend ausmalt, wären freilich in politischer Hinsicht wie ökonomisch ungefähr dieselben: Mangels Haushaltsgeld würde der Staat tendenziell handlungsunfähig – als Beleg dafür, wie unpatriotisch das wäre, kommen die Kriegsveteranen zu Ehren, denen die Nation die Rente schuldig bleiben müsste. Und wegen gefährdetem oder sogar storniertem Schuldendienst stünden die Finanzwelt und mit ihr der globale Kapitalismus überhaupt vor einem Desaster. Denn sobald die Besitzer amerikanischer Staatsanleihen auch nur einen historischen Moment lang auf fällige Zins- und Tilgungszahlungen warten müssten, wäre die Verwertung dieser Vermögenstitel in

Frage gestellt und damit, um wie viel oder wenig auch immer, ihr Wert dezimiert, also bei der großen Masse dieser Titel weltweit viel Reichtum vernichtet. Zudem würde sich automatisch, wenn auch nicht unmittelbar für die US-Regierung, so doch für Unternehmen und Institutionen, die mit ihrem Kredit an der Finanzmacht des amerikanischen Staates partizipieren, die Finanzierung ihrer Aktivitäten verteuern; auf der anderen Seite wären Bereitschaft und Fähigkeit der Bankenwelt zur Kreditschöpfung beschädigt. Weltweit kämen finanzkapitalistische Berechnungen und Bewertungen durcheinander, Mittel und Chancen kapitalistischen Wachstums unter die Räder. Der Schuldner USA ist eben ganz entschieden *viel* „too big to fail“, und die Radikalen aus der Republikaner-Partei agieren aus Sicht der gesamten Finanzwelt extrem verantwortungslos, wenn sie ihrer ungeliebten Administration kein höheres Schuldenlimit konzidieren.

Das wirft nun allerdings ein Licht nicht nur auf den US-Haushalt mit seinem großen Defizit und seinem noch viel größeren Posten Schuldendienst. An den beschworenen Gefahren für die Weltwirtschaft wird wieder – ganz analog zur europäischen Schuldenkrise – die *Macht des Finanzkapitals* kenntlich, das Amerikas Schulden in so enormem Umfang weltweit vermarktet und zur unverzichtbaren Basis des globalen Kreditgeschäfts gemacht hat. Der Geldreichtum der Welt und seine Vermehrung – oder genauer: die Vermehrung des Geldreichtums der Welt und damit dessen Existenz hängen tatsächlich weitgehend davon ab, dass das globale Finanzgewerbe mit US-Schulden sein Geschäft macht. Dass es an denen verdient, ist der unverzichtbare Beleg dafür, dass es über Geldkapital verfügt und Investoren in aller Welt mit Geldkapital bedient hat. Dafür braucht es pünktliche Zahlung. Die wiederum ist nur zu leisten, wenn die amerikanische Regierung zusätzliche Anleihen herausgibt, die ihrerseits vom Kreditgewerbe als gutes Investment akzeptiert und vermarktet werden. So hängt die Finanzmacht der USA am Geschäft der Finanzindustrie, die Kredit für die Werterhaltung der vorhandenen Kreditpapiere gibt; dieses Geschäft hängt seinerseits daran, dass die USA sich an die Gesetze der Finanzindustrie halten und für die Begleichung ihres Schuldendienstes kontinuierlich Nachschub an Schuldpapieren liefern. Dieser Zirkel funktioniert schon viel zu lange viel zu gut, als dass die Finanzwelt seine Unterbrechung aushalten könnte.

Banken und Rating-Agenturen, die VR China als größter einzelner Besitzer ame-

rikanischer Staatsanleihen und die für ein funktionierendes Finanzwesen verantwortliche Nationalbank, europäische Partner und der gesammelte marktwirtschaftliche Sachverstand haben also allen Grund, mit größter Dringlichkeit eine Einigung im Haushaltsschuldenstreit der USA anzumahnen. Für den Fall, dass die nicht zustande kommt oder unbefriedigend ausfällt, stellen Gutachter vorsorglich eine Herabstufung des Gütesiegels in Aussicht, das sie den Schulden der USA verpassen. Alle Ermahnungen und Warnungen ändern freilich nichts daran, dass alles, was die Weltmacht bisher schon zur Aufrechterhaltung ihrer Zahlungsfähigkeit und des Weltfinanzsystems an Kredit geschaffen hat, und ebenso die beantragten 2000 Milliarden Dollar neuer Schulden absehbarerweise wenig bis nichts fürs nationale Wirtschaftswachstum bringen. Das Verhältnis zwischen der kapitalistischen Leistungsfähigkeit des Landes als Wirtschaftsstandort und der Masse der zu bedienenden staatlichen Verbindlichkeiten ist dadurch schon gar nicht besser geworden und auch nicht zu verbessern. Amerikas Schulden sind längst viel zu hoch, als dass sie anders als mit immer mehr weltweit vermarkteten neuen Schulden zu bedienen wären. Dass *das* womöglich nicht ad infinitum so weitergeht: Das machen die Fundamentalisten der republikanischen Partei zum Erschrecken der Finanzwelt schlagartig deutlich, wenn sie der Obama-Regierung eine höhere Verschuldungsgrenze verweigern. Dabei nehmen sie bloß auf ihre Art bitter ernst, was die Fachwelt mit ihrem marktwirtschaftlichen Sachverstand schon längst an die Wand malt: dass irgendwann dann doch *die Märkte* die Schulden der Weltmacht für untragbar hoch befinden und anfangen könnten, deren Kapitalqualität anzuzweifeln – also Treasuries zu verkaufen, um das darin investierte Geld zu retten, und damit nach dem ehernen Gesetz von Angebot und Nachfrage den Wert dieses Investments abstürzen zu lassen. Dann wäre es um den Kredit der Weltmacht geschehen – und ebenso um den Reichtum der Investoren sowie um die geschäftliche Potenz des Kreditgewerbes insgesamt. Die Generalprobe für einen solchen Super-GAU des Systems hat die Branche immerhin vor drei Jahren bereits geliefert. Damals hat sie über ihre eigenen Produkte schon einmal das Urteil gefällt: Zu viel, um noch auf deren Verwertung zu setzen, also wertlos. Gerettet hat sie die Staatsgewalt. Mit Kredit, dessen nationale Produktivkraft mittlerweile eben nicht nur von ein paar radikalen Oppositionellen heftig bezweifelt wird.

Die Lösung für die USA: Ein Kompromiss im Haushaltsstreit, der Amerikas „Triple A“ beschädigt und einen weltweiten Börsenkrach auslöst.

Der Streit um das Schuldenlimit eskaliert, weil er von den Parteien als Auseinandersetzung um die höchste aller politischen Sachfragen: als Machtkampf mit Blick auf das demokratische Großereignis der nächsten Präsidentschaftswahl ausgetragen wird. Die dafür einschlägigen Berechnungen und das Kräfteverhältnis der verfeindeten Parteien bringen in letzter Stunde die Entscheidung über den gültigen Staatswillen. Der Präsident bekommt eine Anhebung der gesetzlichen Verschuldungsgrenze, die ihn über die Zeit bis zu den Wahlen bringt; das war seine härteste Bedingung für einen Kompromiss. Die Opposition bekommt eine Ausgabenbeschränkung, die so garantiert unproduktive Haushaltsposten wie die für Soziales und für nutzlose Militärinterventionen trifft, sofern nicht doch – womit aber kaum jemand rechnet – etwas anderes beschlossen wird, und die alle Infrastruktur- und Konjunkturprogramme blockiert, mit denen die Regierung womöglich für ihre Wiederwahl werben könnte.

Die Finanzmärkte nehmen den Kompromiss, durchaus im Sinne der Parteien, die ihn geschlossen haben, nicht als Zeichen eines politischen Einvernehmens, geschweige denn des Willens dazu. Sie verstehen ihn sachgerecht als Auftakt zur fortgesetzten Konfrontation unvereinbarer Standpunkte in einem unversöhnlichen Machtkampf und, was den ökonomischen Inhalt betrifft, als ein völlig unproduktives Weder-Noch: Weder gibt die Vereinbarung dem Präsidenten die Freiheit, einmal mehr auszutesten, ob mit einer überwältigenden Masse staatlichen Kredits nicht doch eine nationale Akkumulation anzustoßen wäre, die jeden Aufwand an Haushaltsschulden rechtfertigt; noch enthält sie ein Rezept für das gewagte Unterfangen der Gegenpartei, die patriotische Produktivkraft des Staatshaushalts dadurch zu erzwingen, dass rigoros alle Posten weggestrichen werden, die die freie Konkurrenz und deren Ergebnisse bloß verzerren, statt den Reichtum dort und bei denen wachsen zu lassen, wo er schon ist und denen er gehört. Eine erste Rating-Agentur macht deswegen ihre Drohung wahr: Sie legt sich zwar nicht wirklich fest, ob sie mehr am demokratisch beschlossenen Zahlungswillen der USA oder auf lange Sicht an ihrer ungeschmälernten Fähigkeit zur Werterhaltung ihrer

Schulden und der diese beziffernden Währung zweifeln soll; sie leistet sich aber den als historisch bewerteten Einspruch und erkennt dem Staat die Bestnote für seine Treasuries ab. Amerikanischer Staatskredit gilt nicht mehr als so unbedingt sicher wie bisher und, was die Sache erst richtig schlimm macht, wie nach wie vor bei einer Anzahl konkurrierender Industrienationen. Die Finanzmärkte ziehen daraus – also aus dem Streit, dem Kompromiss und dem fachmännischen Urteil darüber – einen Schluss, der genau auf die ökonomische Lage passt, die in der Auseinandersetzung um das Schuldenlimit aufgegriffen und aufgeführt wird:

Konrad Hecker

Der Faschismus und seine demokratische Bewältigung

München 1996

354 Seiten A5, 20,- €

ISBN:978-3-929211-02-3

GEGENSTANDPUNKT Verlag
Kirchenstr.88, 81675 München
(089) 2721604

gegenstandpunkt@t-online.de
www.gegenstandpunkt.com

Nach wie vor und bis auf weiteres spekulieren sie nicht gegen die kapitalistische Qualität amerikanischer Staatsschulden. Es gibt und es zirkulieren davon einfach viel zu viele – die Fachwelt spricht, tief beeindruckt, von der enormen „Tiefe“ des Marktes für solches Zeug –; denkbare Alternativen zur Geldanlage in US-Treasuries sind nicht wirklich sicherer und vor allem – jedenfalls bislang – um Größenordnungen zu gering dimensioniert, als dass Spekulanten eine Massenfucht aus amerikanischen Wertpapieren heraus organisieren könnten. Es kommt hinzu, dass das Notenbanksystem der USA von vornherein nicht den Restriktionen unterliegt, die für die EZB gelten, auch nicht als supra- oder extra-nationale Instanz agiert, die dem Staat die direkte Finanzierung seines Haushalts verwehrt: Die Fed kauft Staatsanleihen in der Menge, die sie zur Erhaltung ihres Werts für nötig hält. So emittiert sie zwar Unmengen von Dollars, die nichts weiter als die Zunahme staatlicher Schulden und deren von der Fed gestützten Kurswert reprä-

sentieren, was nicht ohne Rückwirkung auf den Reichtum bleibt, den US-Dollars überhaupt repräsentieren. Aber auch dazu hat das internationale Finanzkapital – noch lange – keine gleichrangige Alternative zu bieten. Allerdings: Dass sich das alles für Amerika lohnen könnte, so wie in „alten Zeiten“, darauf setzt die Spekulantengemeinde ganz entschieden nicht mehr. Statt gegen die staatlichen Kreditpapiere richtet sich ihr Kalkül umso heftiger gegen deren Basis in der nationalen Ökonomie. Unternehmensaktien aus den verschiedensten Branchen, Vermögenstitel also, die die zukünftige Ertragskraft der kapitalistischen Firmenwelt des Landes insgesamt repräsentieren, werden nachhaltig abgewertet; mit entsprechenden Folgen für die Börsen anderer Länder, deren Konjunktur entscheidend vom Wachstum in den USA abhängt. Dabei misstrauen die Profis in besonderem Maß der ökonomischen Gesundheit ihres eigenen Gewerbes, das mit den Geschäftsaussichten der restlichen Wirtschaft wirtschaftet: Sie rechnen damit, dass der Haushaltsstreit, der mit dem Kompromiss keineswegs ein Ende gefunden hat, den nationalen Geschäftsgang bremst; und sie sind sich gar nicht mehr sicher, dass daraus erwachsende Verluste in ihrem Geschäft durch den Handel mit staatlichen Wertpapieren auszugleichen sind. Die Märkte machen sich eben nichts darüber vor, wie sehr ihr freiheitlicher Kapitalismus von seiner erfolgreichen Bewirtschaftung durch die Staatsgewalt abhängt.

So leistet der Kompromiss im Haushaltsstreit, was die politische Macht in der ökonomischen Krise zu leisten hat und zu leisten vermag: Sie setzt Daten und Bedingungen für deren nächste Etappe

Die Lösung für Europa: Ein finanzpolitischer Kraftakt zur Rettung der Euro-Zone, der den Fortgang der Krise bewirkt.

Die Staaten der Euro-Zone ringen sich unterdessen nach längerem Gezerre zu einem gemeinschaftlichen Kredit für Griechenland über 109 Milliarden Euro durch, der der Regierung bis auf weiteres die Bezahlung fälliger Zinsen und die Einlösung fälliger Wertpapiere erlaubt. Konditionen und zusätzliche Auflagen sollen sicherstellen, dass das Land sich längerfristig wieder für normale Finanzierungsgeschäfte qualifiziert: Die Kreditzinsen, die die Partner berechnen und kassieren, werden um einen Prozentpunkt auf 3,5% gesenkt, die Laufzeiten auf 15 Jahre ausgedehnt; ein ganzes Bündel von Kontrollmaßnahmen und Hilfestellungen zur Steigerung der Staatseinnahmen und

zur Durchführung von Sparprogrammen gibt den Weg zur Sanierung des Staatshaushalts vor. Insoweit treffen die Euro-Staaten keine andersartigen Maßnahmen als im Jahr zuvor; die quantitative Steigerung von Hilfen und Vorschriften soll bewirken, dass diesmal „Ruhe an den Märkten“ einkehrt und auch anhält. Neu ist die Zumutung an die Bankenwelt, einen Teil der Kursverluste, die sie den griechischen Staatsanleihen im freien Handel längst zugefügt hat, nämlich 20% des nominellen Werts definitiv abzuschreiben, die Schuldenlast des Staates also um diesen Anteil zu senken, alternativ die Laufzeiten zu verlängern und die Zinsforderungen zu reduzieren. Garantien der Euro-Länder für die verbleibenden Forderungen sollen von den betroffenen Gläubigern als hinreichende Entschädigung für ihre Verzichtleistung akzeptiert werden. Wie das auf freiwilliger Basis verbindlich durchzusetzen ist, bleibt unklar; und alle Fälle wollen Europas Finanzpolitiker von den Märkten so verstanden werden, dass man deren Entscheidungsfreiheit respektiert, die Kombination aus leichtfertiger Kreditvergabe an schwache Schuldner, überhöhten Zinsforderungen und gleichzeitig sicherer Spekulation auf ein „Bail-out“ durch solvente Euro-Staaten aber nicht duldet. Weil die Zahlungskrise inzwischen andere Länder ergriffen hat und sich auf Italien und Spanien auszudehnen droht, beschließen die Regierungen zudem erneut und nachdrücklich die Abwehr jeder Spekulation gegen Euro-Staatsschulden durch den mit einer halben Billion Euro dotierten Stabilisierungsfonds; der soll solche Papiere nötigenfalls aufkaufen und überhaupt – was immer das am Ende praktisch bedeutet – zu einer Art Europäischer Währungsfonds ausgestaltet werden. Zugleich werden die Festlegung der bereits unterstützten Partnerstaaten sowie die Selbstverpflichtung der anderen auf eine Haushaltspolitik, die den Maastricht-Kriterien genügt und mittelfristig überhaupt ohne Neuverschuldung auskommt, bekräftigt. Zur „Beruhigung der Märkte“ mutet die spanische Regierung ihrem Volk demonstrativ harte Sparprogramme zu; die italienische fasst noch demonstrativer entsprechende Beschlüsse. Daneben agiert die EZB schon immerzu am Rande – ihre Kritiker meinen: weit jenseits – ihrer Kompetenz: Sie kauft und beleiht Staatsanleihen mit schlechtem Rating. An die Richtlinie, Staatshaushalte nicht direkt finanzieren zu dürfen, hält sie sich in der Form, dass sie nur in den Handel mit schon emittierten Papieren eingreift; den Verstoß gegen die eigenen geldpolitischen Richtlinien rechtfertigt ihr Präsident mit

der Notwendigkeit, die Finanzmärkte in Betrieb zu halten, um auf deren Geschäfte überhaupt geldpolitisch einwirken zu können.

Die Adressaten all dieser Maßnahmen zeigen sich freilich nicht nachhaltig beeindruckt. Auf die Verabschiedung des Rettungspakets reagieren die Banken mit Zinsforderungen, die ein fortdauerndes, eher steigendes Misstrauen gegen immer mehr Mitglieder der Euro-Zone beziffern. Kaum zwei Wochen nach dem großen Beschluss sieht der Chef der EU-Kommission sich genötigt, dessen Bekräftigung sowie inhaltliche Erweiterungen zu fordern. Die EZB kündigt ausdrücklich an, mit frischem Geld schlecht bewertete Euro-Staatsanleihen aufzukaufen, quasi im Vorgriff auf den noch nicht aktionsfähigen Stabilisierungsfonds, um den steigenden Zinsen und der Spekulation auf einen weiteren Wertverfall dieser Papiere entgegenzuwirken. Da die Märkte auch darauf nicht im gewünschten Sinn reagieren – erst die tatsächliche Intervention der Notenbank zeigt einige Wirkung –, stattdessen auch noch die Aktienbörsen und vor allem die Bankwerte „abstürzen“ lassen – dies auch im Gefolge der amerikanischen Krise –, müssen beide Instanzen sich vorhalten lassen, sie hätten die Investoren nicht beruhigt, sondern mit ihrem Beruhigungsversuch erst richtig nervös gemacht; da versteht sich der marktwirtschaftliche Sachverstand auf Dialektik. Dieselbe Kritik wird am Präsidenten Frankreichs geübt, der aus dem Urlaub zu einer Krisensitzung nach Paris eilt, weil Gerüchte von einer drohenden Rückstufung des französischen Kreditratings wissen wollen; der italienische Regierungschef hingegen schweigt zu lange... Darüber gerät völlig aus dem Blick, welcher kapitalistischen Logik Staaten und Finanzmärkte folgen.

Die Rettungsaktion für Griechenland ebenso wie die Garantien für andere Euro-Staaten am Rande der Zahlungsunfähigkeit zielen auf die Bonität der Schuldner. Von deren Verbindlichkeiten wird – so gut wie – nichts gestrichen: Griechenlands Schulden werden durch Kredite der Partner zum Teil abgelöst, zum Teil in ihrem – etwas reduzierten – Wert garantiert; in den anderen Fällen bestätigen Kredite zwischen den Staaten bzw. die in Aussicht stehenden Kredite des Stabilisierungsfonds den Wert der fragwürdig gewordenen Anleihepapiere, also die Tauglichkeit der darin bezifferten Schulden als Kapitalvermögen. In der Sache kommt diese Finanzhilfe dem Eingeständnis gleich, dass die Kredite, die das Finanzkapital an die Randstaaten der Euro-Zone vergeben hat und denen nun als Über-

schuldung zur Last legt, die gemeinsame Sache aller Euro-Staaten und von ihnen gemeinsam zu verantworten sind. Und das käme der politökonomischen Sachlage durchaus nahe: Schließlich haben sie alle, insbesondere seit 2008 mit ihren großen Kreditoperationen zur Rettung des globalen Finanzsystems, dem Kreditgewerbe zu seinem Wachstum verholfen, das sich jetzt erneut als so prekär darstellt. Konstruiert ist die Finanzhilfe jedoch so, dass das Gegenteil eines solchen Eingeständnisses herauskommt: Die Partner der unterstützten Staaten agieren als deren neue Gläubiger; bei Gelegenheit weisen sie ihre Steuerzahler sogar darauf hin, dass im Falle eines planmäßigen Verlaufs der Operation keine Verluste drohen, sondern Zinsgewinne winken. Den Finanzmärkten, die ihnen die benötigten Finanzmittel leihen, also die auszugebenden Anleihen abkaufen sollen, rechnen sie vor, dass diese Kredite durch Forderungen an die Schuldnerstaaten gedeckt sind. Die Investoren ihrerseits machen die komplementäre Rechnung auf, dass die Anleihen, die sie kaufen oder vermarkten sollen, im Grunde um nichts besser sind als die Schulden der Pleite-Länder, von deren Wert die Spekulationsbranche längst gar nichts mehr hält. Besser ist immerhin, aber auch nur der Emittent: der Stabilisierungsfonds bzw. das Kollektiv der Staaten, die für den haften. Und das hat nach aller finanzkapitalistischen Logik Folgen für deren Kredit: In die Bewertung der Kreditwürdigkeit der Garantie-Staaten geht der Gesichtspunkt mit ein, dass die ihr ohnehin schon allzu hohes Schuldenkonto mit ihren Hilfgeldern für bankrotte Partner und mit ihrer Bürgschaft für den Wert von Ramsch-Papieren zusätzlich belasten. Bei dieser Neubewertung seiner staatlichen Kundschaft macht das Finanzgewerbe natürlich, wie gewohnt, seine Unterschiede: Es vergleicht die mit neuen Verbindlichkeiten belasteten Euro-Staaten miteinander; und dabei schneiden einige wenige vergleichsweise besser ab als zuvor, werden also glatt als noch bessere Adresse für eine sichere Geldanlage eingeschätzt; die anderen werden nach derselben Rechnungsart schlechter als zuvor bewertet, ohne dass sich an deren ökonomischen Umständen irgendetwas geändert hätte. Die kriegen zu spüren, dass Schulden, die schon entwertet sind, also fürs Finanzkapital zu viel, um sich noch als Geldkapital zu bewähren, nicht dadurch besser werden, dass andere mit noch mehr eigenen Schulden eine Garantie dafür stellen: Aus dem Akt der gemeinsamen Krisenabwehr tragen sie den Schaden davon. Die Krise selbst geht damit in ihre nächste Etappe.

Die Leistung des Gemeinschaftswerks der Euro- Staaten:

Verschärfter Konkurrenzkampf auf Ansahe und Börsenkrach für alle

Dass die gemeinsame Rettungsaktion der Euro-Staaten den Rettern schadet, liegt in der politökonomischen Natur der Sache. Wie der Schaden sich verteilt, das folgt daraus, dass die Regierungen die Finanzmärkte mit Kreditschöpfung beeindrucken wollen – also mit dem ökonomischen Mittel, mit dem sie immerzu *gegeneinander konkurrieren*. Denn sie alle benutzen Finanzmittel, die das Kreditgewerbe ihnen beschafft, für die Herrichtung ihres Landes zum konkurrenztüchtigen Kapitalstandort: Sie konkurrieren *mit* Kredit. Was sie mit ihrem derart aufgestockten Haushalt vermögen und was der Aufwand dafür sie kostet, hängt wiederum von den Bedingungen ab, zu denen ihnen Geld geliehen wird. Deswegen bemühen sie sich, Investoren Geschäftschancen und Sicherheiten zu bieten, die deren besonderes Interesse wecken: Sie konkurrieren *um* Kredit – um niedrige Zinsen, lange Laufzeiten, rege Nachfrage nach ihren Anleihen. An die Ergebnisse dieser Konkurrenz knüpfen die Finanzmärkte an bei der vergleichenden Neueinschätzung ihrer staatlichen Kreditkunden, die mit deren Entscheidung für ein großes Finanzpaket zur Euro-Rettung fällig wird. Das ist für die Besseren ein gegebener Anlass, den Status ihres Landes als Quelle erstklassiger Finanzinvestments herauszustreichen. Dies umso mehr, weil die Regierungen, die weniger vorzügliche Schuldenstaaten regieren, genau umgekehrt darauf setzen, dass die zukunftsweisende gemeinschaftliche Garantie aller Euro-Staatskredite auch für sie die Zinsen senkt und ihre Finanzmacht stärkt. Dagegen setzen sich die erfolgreicherer Kollegen zur Wehr. Zwar wollen auch die erreichen, dass die Märkte letztlich alles wieder gut und brauchbar finden, was Euro-Staaten an Wertpapieren emittieren. Aber ihre starke Stellung an den Finanzmärkten zu vergemeinschaften, wo die ihnen doch gerade ein so großes Investoren-Interesse und so schön niedrige Zinsen einbringt: Das lehnen sie strikt ab. „Keine Transfer-Union!“ ist ihre Kampfpapare. Und Gemeinschaftsanleihen – Euro-Bonds –, die die Zinsdifferenzen zwischen den Partnern einebnen, also einen wichtigen Konkurrenzvorteil neutralisieren würden, kommen nicht in Frage.

doku.argudiss.de

Audio-Mitschnitte von
GEGENSTANDPUNKT-
Veranstaltungen
zur Kritik am
demokratischen Staat,
seiner kapitalistischen
Wirtschaft, dem
Imperialismus,
der bürgerlichen
Gesellschaft und ihrer
Werte

Was dann doch, notgedrungen im Zuge der Krisenabwehr, an Gemeinschaftskredit und Relativierung des Konkurrenzkampfs um nationale Finanzmacht zustande kommt, haben die dadurch begünstigten Partner sich zu verdienen; die deutsche Führungsmacht sagt ihnen, wie. Für alle gilt der Imperativ, auf einen ausgeglichenen Haushalt hinzuwirken; am besten durch ein verfassungsrechtlich verankertes Verschuldungsverbot. Für alle, deren Zahlungsfähigkeit durch die Märkte in Frage gestellt wird und durch den Stabilisierungsfonds gesichert werden muss, wird aus dem Imperativ ein ökonomischer Sachzwang, der als durchgreifendes politisches Regime über die überschuldeten Haushalte auszugestalten ist, weil er sonst nicht wirkt. Was das heißt, darf Griechenland exemplarisch vorführen: Der Staat muss seinen Apparat abbauen; am unentbehrlichen Rest an Personal Gehaltszahlungen einsparen; mit dem Verkauf nationaler Besitztümer – Unternehmen in öffentlichem Eigentum, notfalls auch Staatsgebiet – Einnahmen erzielen; und vor allem: das Volk in der umfassendsten Weise, von der staatlich organisierten Bildung bis zum Aufwand für Alte und Kranke, billiger machen und zugleich mit höheren Steuern und unnachsichtig eingetriebenen Abgaben schröpfen; EU-Beamte helfen dabei. Dass ein solches Programm im Endeffekt kontraproduktiv ist, nämlich jedes Wirtschaftswachstum abwürgt, ins Minus verkehrt und so das

Verhältnis zwischen Wirtschaftsleistung und Staatsverschuldung nur noch weiter verschlechtert, hat sich unter Experten und Verantwortlichen herumgesprochen, gilt aber als Dilemma, das nicht zu vermeiden ist. Zu bewältigen ist es jedoch schon; die deutsche Bundeskanzlerin weiß, wie das geht, und belehrt ihre erfolglosen Kollegen gerne darüber: Die Nationen, die mit ihren Staatshaushalten „über ihre Verhältnisse gelebt“ haben, müssen sich *wettbewerbsfähig* machen. Und das geht nur, aber ganz sicher so, wie der Musterfall BRD es allen anderen seit langem vormacht: Wettbewerbsfähig wird eine Nation durch unschlagbar *niedrige Lohnstückkosten*, flächendeckend über alle wichtigen Branchen.

Albert Krölls

Das Grundgesetz – ein Grund zum Feiern?

Eine Streitschrift gegen den Verfassungspatriotismus

VSA-Verlag
Hamburg 2009

221 Seiten, 16,80 €

ISBN-10: 3899653424

ISBN-13: 978-3899653427

Es ist schon bemerkenswert, wie direkt und unbefangen die Verfechter der sozialen Marktwirtschaft das banale Geheimnis des Reichtums in ihrem Laden aufsagen: Rentable Arbeit, produktiv und billig; Lebensstandard und Arbeitsleistung eines ganzen Volkes, gemessen in einer Ziffer, die die Erfolgsquote kapitalistischer Ausbeutung misst; Lohnarbeit, als Waffe im Konkurrenzkampf der Unternehmen und Nationen erfolgreich angewandt: Das ist die alles entscheidende Quelle des Reichtums der Nation und die Basis der Finanzmacht, die das Kreditgewerbe schafft und der Staat benutzen kann. Bemerkenswert ist freilich ebenso der Zynismus, mit dem Deutschland sich in der Hinsicht seinen unterlegenen Partnern als Vorbild empfiehlt. Wie die ihren Konkurrenznachteil gegenüber einem übermächtigen

Geschäftspartner ausgleichen sollen, noch dazu ohne zusätzliche Mittel, mit denen eine Regierung üblicherweise die Produktivität des nationalen Kapitals fördert, bleibt völlig unerfindlich; mit dem Imperativ „Sparen!“ soll schon alles gesagt sein. Dabei macht die Kanzlerin gleichzeitig ganz klar, dass Deutschland eine Einebnung der Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit der Nationen – eine „Nivellierung auf Mittelmaß“, wie es polemisch heißt – entschieden ablehnt, also alles daran setzt, seinen Vorsprung zu wahren. Den Konkurrenzkampf um Märkte und das Geld der Welt, nicht zuletzt um die von keiner Währungsschwankung bedrohten Euros der schwächeren Partner, gedenkt die Berliner Republik weiterhin so eindeutig wie bisher zu gewinnen, damit wahr bleibt, was die Kanzlerin der offenen Worte ihrem Volk verspricht: Alles, was Deutschland für den Euro tut, „*kommt um ein Vielfaches zurück*“. Die Aufforderung an die Partnerländer, sich um Wettbewerbsfähigkeit zu bemühen, ist die Einladung zu einem ökonomischen Kräfteessen, das schon entschieden ist und nach dem festen Willen der deutschen Regierung nur immer einseitiger zum Vorteil der eigenen Nation ausgehen wird.

Ob das dauerhaft so bleibt, und wie Europas Champions der Wettbewerbsfähigkeit von ihren unschlagbaren Lohnstückkosten auf ewig weiter profitieren wollen, wenn sie ihre Kundschaft in Euro-land auf staatliche Sparprogramme mit Ausverkauf der nationalen Ressourcen und flächendeckender Verelendung der Völker festnageln: Das steht auf einem anderen Blatt. Und das ist in Wahrheit keine Frage. Denn der Zusammenhang zwischen dem Wirtschaftserfolg der Führungsmächte Europas und der Überschuldung der Peripherie lässt sich zwar leicht ignorieren; das beweist ja die Berliner Regierung mit ihren Sprachregelungen. Aber das ändert nichts daran: Die Länder, die von den Märkten jetzt als mehr oder weniger heillos überschuldet eingeschätzt und behandelt werden, haben am europäischen Binnenmarkt die Rolle von Absatzmärkten für auswärtiges Kapital mit überlegenen Lohnstückkosten gespielt. Sie haben sehr einseitig als Quelle auswärts verbuchter Profite fungiert, weil sie sich in der innereuropäischen Konkurrenz ums Geld der anderen immer weniger haben durchsetzen können. Und sie haben diesen Dienst an der Wirtschaftsmacht ihrer Partner ziemlich dauerhaft geleistet, weil sie dafür, selbstverständlich auf eigene Rechnung, nämlich gegen pünktlich entrichteten Schuldendienst, Kredit bekommen haben. Mit ihren Schulden

haben sie zur Akkumulation von Geldkapital im europäischen und weltweiten Kreditgewerbe beigetragen *und* zur Akkumulation von Markterfolgen auswärtiger Firmen; auf beiden Wegen haben sie die überlegene Finanzmacht der Führungsnationen gestärkt. Die *Überakkumulation* von Staatsschulden, die diesen Ländern jetzt bescheinigt wird, ist das Werk und ein überdeutlicher Indikator des Geschäftserfolgs, den die Finanzinstitute und die Industrie- und Handelskapitale der so potenten Nachbarländer aus ihnen herausgewirtschaftet haben und die zuständigen Regierungen auf ihr Leistungskonto verbuchen

Diese überlegenen Konkurrenten sind nun in Griechenland, Italien etc. mit den paradoxen Konsequenzen ihrer eigenen Konkurrenzfolge konfrontiert: In den Zahlungsschwierigkeiten ihrer Partner begegnen Deutschland & Co dem überschießenden Wachstum ihrer eigenen Industrien und des Kreditgewerbes, das dieses Wachstum finanziert und selber fabriziert hat. Dass *sie* mehr Kapital und Kredit akkumuliert haben, als die Märkte noch für lohnend verwendbar befinden, legen sie zwar, in völliger Übereinstimmung mit den Finanzmärkten, den Schuldnerstaaten als Überschuldung zur Last; das Ergebnis schlägt aber notwendigerweise auf die erfolgreichen Macher dieses Wachstums zurück. Zum einen in der Form, dass die Schuldenkrise weitergeht und so oder so, wenn der Ruin von Partnerländern zugelassen wie wenn er mit den geplanten kollektiven Kreditaktionen abgewehrt wird, die Schuldenlage der Euro-Staaten verschlechtert. Das mag zwar weiterhin der im Nationenvergleich ermittelten Kreditwürdigkeit der konkurrenztauglichen Elite zugute kommen – der deutsche Staat profitiert zeitweilig mit sinkenden Zinskosten von der Übernachfrage nach seinen Anlagepapieren –. Auf der anderen Seite schwindet aber die Zahlungsfähigkeit der auswärtigen Kundschaft dahin, die Deutschland & Co brauchen, damit ihre Konkurrenzmacht sich überhaupt in Gelderlösen niederschlägt; eben deswegen, weil für die Partnerländer Kredite immer teurer werden. Zum andern dezimieren die Sparorgien, die die Führungsmächte den Club-Mitgliedern verordnen, die zahlungsfähige Nachfrage, die das Wachstum in den Erfolgsnationen befeuert hat. So führen die maßgeblichen Chefs der EU mit ihrer *politischen Gewalt* im Endeffekt ungefähr eben die Streichung von Geschäftsvolumen in allen möglichen Bereichen und auch an ihrem eigenen Standort herbei, an der sie mit ihren Kreditgarantien das *Finanzgewerbe* zu hindern suchen.

Und wie es sich gehört, eilt die Spekulationsbranche dem entsprechenden Konjunkturverlauf voraus und betätigt sich als Vollzugsorgan der politisch programmierten Kapitalentwertung: In dem falschen Bewusstsein, auf eine beklagenswerte Unentschlossenheit der europäischen Politik zu reagieren, setzt sie die Spardiktate der Euro-Mächte in einen wohl dosierten Börsenkrach um.

Die Krise als politische Chance – für ein Europa des Kapitals, wie Deutschland es sich wünscht.

Mit ihrer Krisenintervention treiben die Euro-Staaten die Finanzkrise ins fünfte Jahr und in eine neue Phase; zum Schaden für alle. Aber das ist bloß der politökonomische Inhalt ihrer Aktion. Feste Absicht ist die Bewältigung der gegenwärtigen Krise und die Vorbeugung gegen alle, die in Zukunft mit Sicherheit eintreten werden; und zwar durch ein Maßnahmenpaket, das gleich das ganze Projekt der Einigung Europas entscheidend voranbringen soll. Denn das wollen die maßgeblichen Politiker der Union aus der Krise gelernt haben: dass eine Währungsunion nicht zu machen ist, ohne dass die Partner sich an der deutschen Haushaltsdisziplin ein Beispiel nehmen; und dass mit einer solchen Disziplin nicht zu rechnen ist, wenn sie nicht rechtlich verbindlich gemacht und ein von deutscher Seite inspiriertes und am besten auch gleich dirigiertes Regime über die Haushaltspolitik der Partner vereinbart wird. Im Programm ist demnach nicht weniger als die irreversible Festlegung aller Euro-Staaten auf die fortentwickelte kapitalistische Staatsräson, die mit der Konstruktion der Währungsunion und dem Statut der EZB vorgezeichnet ist. Danach soll in der Union gelten, dass sich jeder staatliche Schuldschein durch seinen Gebrauch als Geldkapital auf den Finanzmärkten, also durch seinen Dienst am Wachstum des Finanzkapitals zu rechtfertigen hat; es soll sichergestellt sein, dass das Geld der Gemeinschaft jeder unproduktiven Verwendung in den Schuldenhaushalten der Länder entzogen ist. Und diese Festlegung soll nicht mehr dem souveränen Beschluss der Höchsten Gewalten anheim gestellt sein, also nach deren Bedarf und Ermessen auch modifiziert werden können. Sie soll vielmehr als fest institutionalisierte Pflicht und unter wirksamer Strafandrohung die nationalen Souveräne binden.

Die Protagonisten einer solchen „Stabilitätsunion“ halten offenbar ganz im Ernst die finanzpolitischen Konsequenzen des sehr einseitigen deutschen Konkur-

renzerfolgs in Europa – das vergleichsweise günstige Verhältnis zwischen Haushaltsdefizit und Wirtschaftswachstum sowie die herausragende Kreditwürdigkeit der Nation – für ein nachahmenswertes Erfolgsrezept. Wenn sie es apodiktisch zur Nachahmung empfehlen, haben sie allerdings alles andere im Sinn als die Angleichung der Wirtschafts- und Finanzmacht der Unionsmitglieder. Für die Berliner Europapolitiker ist die Verallgemeinerung des Rezepts, in das sie ihren Erfolg übersetzen, ein Konkurrenzmittel: eine Waffe in der Konkurrenz zum einen ums Geld, das in der EU zu verdienen ist, zum andern um die Führungsmacht in der Union. Denn mit der Allgemeinverbindlichkeit der Richtlinien ihrer „Stabilitätskultur“ wäre in beiden Hinsichten ein wichtiger Fortschritt erzielt. Festgeschrieben sind dann die Konkurrenzbedingungen, die bisher schon zu einer so einseitigen, für Deutschland so vorteilhaften Sortierung der Clubmitglieder in eine finanzstarke Elite und eine minder bemittelte Peripherie geführt haben. Und mit der Stellung an der Spitze dieser Hierarchie fällt der stärksten Finanzmacht dann auch wie von selbst die Kompetenz zu, in die Haushaltspolitik der anderen, also in deren Bewirtschaftung ihres jeweiligen Stücks Europa, hineinzuregieren und als Platzanweiser im Wirtschaftsleben des Kontinents zu fungieren.

Freek Huisken

Erziehung im Kapitalismus: Von den Grundlügen der Pädagogik und dem unbestreitbaren Nutzen der bürgerlichen Lehranstalten

VSA-Verlag
Hamburg 1998

474 Seiten, 20,40 €

ISBN-10: 3879757224
ISBN-13: 978-3879757220

Was es dafür braucht, sind eben ein *Souveränitätsverzicht* in Gelddingen und ein nach Form und Inhalt *supranationales* Regime über die Haushalts- und Finanzpolitik *aller* Euro-Staaten. Damit wäre, dem politökonomischen Inhalt nach, nichts Geringeres etabliert als *Marktwirtschaft in Perfektion als Staatsräson*: Der Widerspruch, den der bürgerliche Staat sich leistet, wenn er sich und seine Gesellschaft auf die Privatmacht des Geldes als alleiniges ökonomisches Betriebs- und Lebensmittel verpflichtet, ist dann fortentwickelt zum rechtsverbindlichen und tatsächlichen Vorrang des „*realen Gemeinwesens*“, nämlich des von der Macht des Geldes und den Sachgesetzen der Kapitalverwertung diktierten gesellschaftlichen Zusammenhangs, vor dem *politischen Gemeinwesen*, i.e. vor der souveränen Gewalt, die ihrer Gesellschaft diese ökonomische Rason verordnet. Ein solcher kapitalistischer Supranationalismus wäre die Grundlage für das überhaupt nicht supra-, sondern sehr nationalstaatliche Regime der Spitzengruppe in der Hierarchie der Euro-Staaten, deren überlegene Finanzmacht dann voll zum Zuge käme. Die wirtschaftspolitische Souveränität dieser Nationen – bzw. des wichtigsten dieser Länder – kürzt sich in der angestrebten „Stabilitätsunion“ jedenfalls nicht heraus: Die gewinnt damit enorm an Reichweite.

In der Krise und der Notlage so vieler Mitglieder sehen die führenden politischen Macher der EU eine Chance, die sie nutzen wollen; einen produktiven Sachzwang – produktiv für die Verfassung, die sie für Europa anstreben, *und* für die Verteilung der Macht zwischen den Staaten, die sich dieser Verfassung unterwerfen sollen. An den Zinssätzen, die mitten in der Krise den verschiedenen Euro-Staaten abverlangt werden und so schön eindeutig die einen in Verlegenheit bringen, den anderen ihre Finanzmacht bestätigen, ist abzulesen, wer bei der Ausnutzung der Krise für politische Fortschritte in Richtung „Stabilitätsunion“ was und wie viel zu gewinnen und zu sagen hat. Mit den Bedingungen, unter denen sie Solidarität mit den Schwächeren gewähren und organisieren, treiben die Gewinner ihre Sache voran. Dummerweise müssen die anderen dabei immer noch mitspielen. Aber die Krise bietet die Chance, dass sie mitspielen *müssen*; nach den Regeln, die Deutschland und Frankreich ihnen vorgeben. Denn die zwei Mächte betreiben in zäher Konkurrenz untereinander gemeinsam die *friedliche Eroberung des Kontinents*, die ihnen gegeneinander nicht gelingen könnte.

Zu den Protestbewegungen „Die Empörten!“, „15-M“ und „Echte Demokratie jetzt!“: Eure Empörung ist verkehrt – sie lebt von Illusionen über Krise, Demokratie und Marktwirtschaft

Europa spart – am Lebensunterhalt seiner Bürger. Die demokratischen europäischen Regierungen machen das Leben ihrer Völker dafür haftbar, dass ihre Wirtschaft zu wenig wächst und die Kreditwürdigkeit ihrer Nation im Eimer ist. Deswegen haben die verantwortlichen Staatsführer ihren Bürgern ein gewaltiges soziales Abbruchprogramm verordnet.

Betroffene melden sich zu Wort und protestieren. Dass sie das tun, ist überfällig: Nur wie!

*

Unter den Parolen „Empört euch!“ und „Echte Demokratie jetzt!“ habt ihr euch für europaweite Proteste zusammengetan. Ihr wollt etwas dagegen unternehmen: gegen ein Wirtschaftssystem, das, wie ihr sagt, die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer macht; gegen Politiker, Manager und Banker, die die Krisenprogramme machtvoll durchsetzen und damit zahllose Lebensperspektiven zerstören.

„Diese Politiker vertreten uns nicht!“,

lautet euer Vorwurf an die Adresse der Regierenden, und da denkt ihr daran, dass eure materiellen Lebensinteressen bei der politischen Klasse ausgesprochen schlecht aufgehoben sind. Das ist kein Wunder, doch wenn man als Betroffener die Politiker, die *Akteure* des Krisenprogramms, ins Visier nimmt, steht man schon vor einer Entscheidung: Entweder man geht der Frage nach, welche Interessen diese Volksvertreter wirklich vertreten; dann stößt man unweigerlich darauf, dass demokratische Politik durch Krise und Boom hindurch eine *Räson* verfiert, die den Notwendigkeiten der Nation und des kapitalistisch wirtschaftenden Eigentums verpflichtet ist und definitiv nicht den Lebensinteressen der Leute, die dafür arbeiten müssen; dann wäre immerhin der Grund im Visier, dem man die eigene beschissene Lage zu verdanken hat, und im Übrigen auch die Frontstellung klar. Oder man ist von Zapatero, Papandreu und den anderen Figuren *enttäuscht*, weil sie das Geschäft der politischen Vertretung so *schlecht betreiben*, wo man doch

von demokratischen Führern Besseres erwarten könnte – und ihr habt euch offenbar dafür entschieden: Politiker, Wirtschaftsführer und Bankenmanager – sie alle sind für euch *korrupt*, wie ihr in eurem Manifest „*Echte Demokratie jetzt!*“ beklagt. Ihr beschwert euch über flächendeckenden *Amtsmissbrauch*, wie er eigentlich nicht sein müsste. Diese Absage an eine verkommene politische und wirtschaftliche Elite ist äußerst unkritisch, auch wenn ihr denen frech „*haut alle ab!*“ entgegen ruft. Sie gilt nämlich nur *diesen Figuren*, eben Zapatero, Papandreu und Co., lebt also von der Vorstellung, es könnte und sollte doch auch viel bessere, ehrlichere Politiker geben. Eure Absage gilt überhaupt nicht den demokratischen Ämtern, kraft derer die Politiker ihre Krisenpakete schnüren, sondern allenfalls dem Geld, das sie damit verdienen. Habt ihr euch schon einmal überlegt, wie läppisch das – die persönliche Bereicherung im Amt – im Vergleich zu den legitimen Machtbefugnissen ist, die sich die Politiker damit erwerben?

Vermutlich nicht, sonst würdet ihr nicht „*Echte Demokratie jetzt!*“ fordern. Ausgerechnet Demokratie: Das Volk darf unter mehreren Machtfiguren auswählen, und die gewählte Regierung ist dann streng demokratisch *ermächtigt*, in aller Freiheit, ohne Rücksichtnahme auf die Wähler, den Erfolg des nationalen Standorts zu betreiben – so buchstabieren sich „*demos*“ und „*kratein*“ in der echtsten Demokratie, die es gibt! Und ihr? Ihr wollt echte demokratische Wahlen, also Politiker in Ämtern hieven, die ihnen überhaupt erst die Macht über euch und eure Lebensumstände geben. Und dann fällt euch ein, dass man die Bande der Mächtigen aber ganz genau *kontrollieren* muss! Eine Schnapsidee, mal ganz abgesehen von den Forderungen, mit denen ihr ganz „*konkret*“ sein wollt: Ihr *verlangt* „*Anwesenheitspflicht*“ im Parlament und „*mehr Arbeit*“ für die Politiker: Parlamentarische Arbeit, mit der gerade eben die Rente wieder gesetzlich einwandfrei gekürzt wird – ihr könnt euch doch nicht im Ernst *mehr davon* wünschen!?

„Ziel und Absicht des derzeitigen Systems sind die Anhäufung von Geld, ohne dabei auf den Wohlstand der Gesellschaft zu achten“,

ist einer eurer kritischen Kernsätze über den Kapitalismus, der euch empört. Dass sich alles um Schulden und Geld dreht, dass alle eure Berechnungen auf eine auskömmliche Existenz einem stabilen Euro und einer soliden staatlichen Schuldenwirtschaft geopfert werden, ist nicht zu übersehen. Die europäischen Politiker sagen auch ganz offen dazu, dass es dazu, den Leuten ihren Wohlstand zu kürzen, damit Spanien usw. wieder auf die Beine kommt, einfach keine Alternative gibt. Da könnte man sie doch einmal beim Wort nehmen: Ja, Spanien, Griechenland und alle anderen Nationen, das sind nichts als Kapitalstandorte, die ihren Erfolg auf die nützliche Armut der Masse ihrer Bevölkerung gründen; einen Erfolg, der sich in wachsenden Schulden und Geldvermögen und einer stabilen Währung bilanziert. Kapitalvermehrung und Wachstum des staatlich bilanzierten Geldreichtums, *das* ist der nationale Wohlstand, auf den es ankommt, dessen Mehrung zu fördern, ist Ziel und Aufgabe der politischen Verwalter des Systems, etwas anderes hat man von diesen Gesellschaften also nicht zu erwarten. Ihr aber haltet die derzeitigen Verhältnisse offenbar bloß für eine *Übertreibung*, eine Entgleisung sozusagen, die eigentlich gar nicht sein müsste in diesem System. Ihr schreibt nämlich:

„Wir brauchen eine ethische Revolution. Anstatt das Geld über den Menschen zu stellen, sollten wir es wieder in unsere Dienste stellen. Wir sind Menschen, keine Waren.“

Wie kommt ihr denn auf „*wieder*“? Könnt ihr uns verraten, in welcher Sekunde der Geschichte des Kapitalismus das Geld je im Dienste des Wohlergehens der Menschen und ihrer materiellen Wohlfahrt gestanden hätte? Wie sollte so ein „*Dienst*“ auch aussehen? Etwa so, dass das Geld einen Boom auf dem spanischen Wohnungs- und Arbeitsmarkt veranstal-

tet, wo ihr euch krummgelegt habt für eine Wohnung und den zu bedienenden Kredit, euch abgestrampelt habt für irgendeinen meist schlecht bezahlten Job? Trauert ihr etwa *diesen* beschissenen „besseren Zeiten“ nach, weil jetzt die Wohnung zwangsversteigert wird oder der Job weg ist? Dann liegt ihr verkehrt, denn gestern waren haargenau *dieselben* Systemzutaten mit haargenau den *gleichen* Rechnungsweisen in Kraft, wie sie heute, in Krisenzeiten, massenhaft Leute, die von ihrer Arbeit leben müssen, in den Ruin treiben. Ihr erlebt nichts als die unausweichliche Konsequenz von gestern, wo eure Perspektiven mit Wohnung und Job auch nichts anderes waren als Instrumente privater Eigentümer, mit euren Schulden oder eurer Arbeit ihr Geldvermögen zu vermehren. Arbeiten für Geld, Wohnen nur, wenn man einen Bankkredit bedient oder Miete bezahlt, ein Bankwesen überhaupt, usw. usf. – das gehört zum bleibenden Inventar einer kapitalistischen Wachstumsmaschine und stiftet die alltäglichen Notlagen für die, die in diesen Verhältnissen ihren Lebensunterhalt bestreiten müssen, der von der Bedienung all dieser Geschäftsrechnungen abhängt. Deswegen steigen im Krisenfall, wenn die ganzen Wachstumsansprüche der Wirtschaft nicht zur Zufriedenheit aufgehen, auch die Unkosten für all diejenigen, die vom Dienst an diesen Ansprüchen leben.

Eure Not von heute beweist also etwas ganz anderes als eine „*ethische Verantwortungslosigkeit*“. Sie beweist, welche armseligen und prekären Rechnungen ihr gestern mit dem kapitalistischen System eingegangen seid. Und sie beweist überhaupt nicht, dass in der Krise jetzt der „*Missbrauch*“ des Geldes eingerissen wäre und die Macher des Systems ihrer „*Verantwortung*“ nicht gerecht würden, wie ihr in eurem Manifest behauptet: Nicht einmal jetzt wollt ihr die Einrichtungen, die euch das Leben jetzt so schwer machen, angreifen; ihr bildet euch statt dessen ein, mit einer anderen, wie ihr meint „verantwortungsvolleren Einstellung“ seiner Agenten wäre der kapitalistische Laden für eure Lebensinteressen dienstbar zu machen – da könnt ihr lange warten, die Angesprochenen weisen euch doch unmissverständlich auf ihre nationale Verantwortung hin, die ihnen keine Alternative zu ihrem Verarmungsprogramm lässt.

In eurem Manifest fordert ihr *öffentliches* Eigentum anstelle von Privatisierung – das soll es bringen, wo euch gerade die öffentliche Gewalt als Arbeitgeber, Rentenverwalter oder Steuereintreiber das Leben schwer macht? Ist es euch nicht zu bescheiden, als Konsequenz von Zwangs-

räumungen und -versteigerungen empört *Mietbeihilfen* zu fordern – und gegen das Recht der Immobilieneigentümer, an den Wohnbedürfnissen ordentlich zu verdienen, kein böses Wort zu verlieren? Ist es nicht jämmerlich, die *Verstaatlichung* von Banken zu fordern – also ihre staatlich betreute *Sanierung*, damit dann nach der Krise ihre Kredit- und Spekulationsgeschäfte wieder erfolgreich losgehen? Habt ihr denn nicht mehr zu fordern als *Arbeitsplatzsicherheit*? Die ganze Hoheit über die Arbeit soll bei den Herren Arbeitgebern bleiben – sie sollen euch nur ganz bestimmt in den bezahlten Dienst an ihrem Eigentum nehmen! Ein sehr bescheidener Antrag, der überhaupt nur im Vergleich einen Vorteil bietet – zur einzigen Alternative nämlich, die das marktwirtschaftliche System für Arbeitnehmer bereithält: dem Elend der Arbeitslosigkeit.

Eine eurer prominentesten Parolen lautet:

„Wir sind keine Systemfeinde – das System ist uns gegenüber feindlich.“

Die zweite Hälfte verstehen wir als eine Zusammenfassung eurer Beschwerden über Entlassungen, Lohnsenkungen, Rentenzurechnung, Steuererhöhung, Zwangsversteigerungen usw.: Darüber also, dass euch die politischen Verwalter des Systems mit ihrer öffentlichen Gewalt rücksichtslos eure Lebensverhältnisse kündigen, damit private Geldvermögen gerettet werden und die Nation kreditwürdig bleibt. Umso weniger verstehen wir die erste Hälfte: Wieso besteht ihr darauf, keine Gegner dieses euch so feindlich gesinnten Systems zu sein, sondern

„normale Menschen. Wir sind Menschen, die jeden Morgen aufstehen, um studieren zu gehen, zur Arbeit zu gehen oder einen Job zu finden, Menschen mit Familien und Freunden, Menschen, die jeden Tag hart arbeiten, um denjenigen, die uns umgeben, eine bessere Zukunft zu geben.“

Ausgerechnet so eröffnet ihr eurer Manifest! Mit der demonstrativ zur Schau getragenen Bereitschaft, in diesem System als nützliches Rädchen mitzuarbeiten. Die Kommandeure pfeifen auf eure Dienste und lassen euch für die Systemschulden zahlen, und ihr kommt ihnen damit, dass ihr die Mitarbeit am System deswegen noch lange nicht kündigen wollt! Ausdrücklich wollt ihr keine Geg-

ner dieser Verhältnisse sein, pocht stattdessen mit eurer „*Normalität*“ darauf, dass ihr als anständige Menschen es eigentlich nicht *verdient* hättet, von euren Herren so schäbig behandelt zu werden, seid am Ende enttäuscht und empört über diejenigen, die euch kaltlächelnd euer Auskommen zusammenstreichen.

Mit dieser Empörung und Enttäuschung haltet ihr unerschütterlich an der Illusion fest, das System von Demokratie und Marktwirtschaft hielte letztlich doch irgendwie eine Lebensperspektive für Leute wie „dich und mich“ bereit. Damit verschafft ihr euch allenfalls das schöne Gefühl, als gute Menschen moralisch Recht zu behalten gegenüber den schlechten Repräsentanten des verkommenen Systems.

Albert Krölls

Kritik der Psychologie. Das moderne Opium des Volkes

VSA-Verlag

Hamburg 2009

158 Seiten, 13,80 €

ISBN-10: 3899652134

ISBN-13: 978-3899652130

Dieser Protest hat eine Bibel, das 2010 erschienene, millionenfach verkaufte 14-seitige Pamphlet „*Empört euch!*“; ihr Evangelist und Prediger ist der französische Résistance-Veteran Stéphane Hessel. Zahlreichen Protestierenden muss diese Schrift dermaßen gefallen haben, dass sie sich gleich „*die Empörten*“ nennen: Sie meinen tatsächlich, dass die öffentlich vorgetragene moralische Entrüstung, die zur Schau getragene *Betroffenheit* eine Trumpfkarte ihres Protests wäre, weil sie sich mit ihren bescheidenen Forderungen nach Wohnen und Arbeiten, ihrer unbedarften staatsbürgerlichen Haltung absolut *im Recht wähen*: *Eigentlich* wäre ihnen das in den Grundrechten des herrschenden Systems versprochen, beteuern sie und deuten die schönen Ideale guten Regierens als eine einzulösende Pflicht einer Herrschaft, die ihnen zwar praktisch das Gegenteil beweist, bei der sie aber trotzdem Gehör zu finden hoffen.

Von der Kanzel der moralischen Empörung herab predigt auch St. Stéphane. Seine Liste der *Missstände* liest sich in etwa genau so wie die der jungen Empör-

ten, die in Madrid oder Athen auf die Straße gehen: die Streichung der „sozialen Errungenschaften“, die unwürdige Behandlung der Immigranten, die private Geldbereicherung, der „Vorrang des Geldes“ über die „gerechte Verteilung des Reichtums“, „der Abstand zwischen den Ärmsten und den Reichsten, der noch nie so groß war wie heute“, die „aktuelle Diktatur der Finanzmärkte, die den Frieden und die Demokratie bedrohen“ und dergleichen mehr. Nur: Wo sich die Demonstranten wegen ihrer materiellen Belange aufstellen, da stellt Hessel die Sache auf den Kopf: Er fordert die Jugend zur Empörung auf, weil er die materiellen Nöte der Leute wie vieles andere als Beweis für einen Notstand und einen Geschädigten anderer, höherer Art begreift. Die Protestnoten, welche die Empörten auf den Straßen ihrer geschädigten Interessen wegen vortragen, sind bei Hessel Symptome eines empörenden Gesamtzustandes, in dem sich seine *République* befindet. Die macht er als eine bedrohte sittliche Gemeinschaft vorstellig, die es zu retten gilt. Hier meldet sich ein Mahner, der von tiefer Sorge um das gute Erbe seiner *Grande Nation*, das er an verantwortlicher Stelle mit gestiftet hat, getragen ist, und das stilisiert er sich so zu recht:

„Erinnern wir uns, dass die soziale Sicherheit im Sinne des Widerstands begründet wurde, mit dem Ziel, allen Menschen das Grundbedürfnis nach materieller Sicherheit zu gewährleisten. Ganz besonders zu Zeiten, in denen sie nicht oder nur unzureichend aus eigener Kraft für ihr existenzielles Überleben sorgen können. Eine Rente, die allen Arbeitnehmern einen würdevollen Lebensabend sichert. Die Energiequellen Strom und Gas, die Kohlebergwerke, die großen Banken sind nationalisiert. Das Programm (des damaligen Rates des französischen Widerstands von 1944; d.V.) empfiehlt die „Rückkehr zur Nation der großen monopolistischen Produktionsmöglichkeiten, Frucht der gemeinsamen Arbeit, der Energiequellen, der Bodenschätze, der Versicherungen und großen Banken, die Einrichtung einer wirklich wirtschaftlichen und sozialen Demokratie.“

Die Restaurierung der vom Krieg zerstörten Nation, ihre Herrichtung zum erfolgreichen Kapitalstandort mit allen sozialen Einrichtungen, die eine auch auf Dauer rentable Benutzung der arbeitenden Klasse braucht, verklärt Hessel zum Vorhaben, alle Franzosen von materiellen Sorgen zu befreien, sie so in einer Republik zu vereinen, die ein einziger Hort praktizierten französischen Gemeinsinns

ist und die sie daher mit Recht als ihre *wahre Heimat* auffassen können. Dieser große Patriot hat selbst hingebungsvoll mitformuliert an der Überhöhung des postfaschistischen Staatsprogramms und an den Idealen demokratischer Herrschaft in der UNO-Menschenrechtskonvention von 1948. Jahrelang hat er seinen Landsleuten den Sieg über den deutschen Faschismus und die nachfolgende Etablierung der neuen französischen Herrschaft als nationale Verpflichtung gegenüber hehren *Idealen und Werten* der Menschheit verkauft hat und von Frankreich auf seinem Weg „zum demokratischen Staat in seiner Vollendung“ – und jetzt, wo er in Gestalt von Arbeitslosigkeit, Rentenkürzung, Verelendung der Jugend, Privatisierung der erfolgreichen französischen Konzerne mit den Ergebnissen des 65-jährigen Wirkens dieser schönen Demokratie konfrontiert ist, ordnet er die in sein patriotisches Weltbild ein und ist radikal enttäuscht: Diese großartige Nation hat sich von sich selbst entfremdet, so, wie sie aktuell verfasst ist, können Franzosen sich in ihr unmöglich gut beheimatet finden! So werden die Vielen, die sich über die Durchkreuzung ihrer Lebenschancen empören, in ihrem *Fehler* bestätigt. Von genau denen, denen sie ihr Elend zu verdanken haben, wünschen sie sich Verhältnisse, mit denen sie sich ihre Besserstellung ausrechnen: Für ein auskömmliches Leben in der Klassengesellschaft zu sorgen, fällt in ihrem unverwüstlichen Glauben ja genuin in den Zuständigkeitsbereich demokratischer Herrscher, also sollen die auch endlich ihrem Auftrag nachkommen. Für den französischen Großmoralisten ist dieser Auftrag dem neuen Frankreich gleich bei seiner Geburt mit auf den Weg gegeben worden, so dass für ihn Franzosen nicht in ihren beschädigten Interessen einen Grund zur Empörung haben. Der Umstand, dass ihr *Vaterland* es so weit hat kommen lassen, dass ein Humanist, der nichts begreifen will, an ihm verzweifelt, ist für ihn der *Generalgrund* für Empörung. Seinen jungen Landsleuten ruft er daher „Empört Euch!“ zu und versichert ihnen, dass sie dann, wenn sie nur suchen, die Gründe ihrer Empörung ganz bestimmt finden werden – und auch, welche Konsequenz daraus folgt:

„Den jungen Leuten sage ich: schaut Euch um, ihr findet genug Themen, Euch zu empören – wie man mit den Immigranten umgeht, mit Menschen ohne „juristische Legitimation“, mit den Roma und Sinti. Ihr werdet konkrete Situationen finden, die Euch zu kraftvollem Handeln als Bürger veranlassen werden. Sucht und ihr werdet finden!“

Die Empörung, die Hessel einfordert, zielt also ausdrücklich nicht auf eine Absage, sondern auf eine verantwortungsvolle Haltung, die anständige französische Bürger angesichts des Zustands ihres Landes einzunehmen hätten, auf ein „kraftvolles“ staatsbürgerliches Engagement, das sich der Nation als sittlichem Kollektiv verpflichtet weiß. Werdet radikal – aus Sorge um euer Vaterland!

*

Zwei haben sich jedenfalls schon mal gefunden: Auf der einen Seite viele junge Menschen, die sich weigern, der beschissenen Lage, an der sie Anstoß nehmen, auf den Grund zu gehen und daher Kritik durch Alternativvorschläge ersetzen, wie Demokratie und Kapitalismus doch auch gut zu ihrem Vorteil regiert werden könnten. Und ein Fundamentalkritiker auf der anderen Seite, der von vorneherein jeden materiellen Grund zur Kritik zum bloßen Anlass degradiert, sich in der Empörung Luft zu verschaffen, auf die er als Patriot sich versteht, und darin die Perspektive für eine Generation sieht, die für ihr Auskommen keine mehr hat. Als gute Bürger sollen die Jungen den nationalen Gemeinsinn repräsentieren, der den Regierenden abgeht, und können sich – und sollen sich vor allem auch – bei allem, worüber sie sich empören, in einem sicher sein: Insofern sie sich nur nach Maßgabe all der idealen Prinzipien, denen nach Auffassung guter Menschen das Gemeinwesen verpflichtet ist, um dessen sittliche Vollkommenheit bemühen, ist ihre Empörung *absolut gerechtfertigt*. Nicht zufällig spricht der Mann damit vielen aus dem Herzen, die Grund haben, aufzubegehren, das aber so verkehrt tun. Zwar ist das Gefühl, *unbedingt im Recht* zu sein, der einzige Ertrag, den eine symbolträchtige Versammlung von ihrer Regierung enttäuschter Bürger vor Parlamenten oder auf großen Plätzen abwirft. Aber insofern die derart Empörten das gar nicht als Mangel ihres Protestes, vielmehr umgekehrt ihr massenhaftes Versammeln schon als dessen Erfolg begreifen, haben sie in den Herzensergießungen eines missionierenden Vaterlandsliebhabsers ihre goldrichtige „Bibel“ gefunden: Sie deuten auf ihre elende Lage und landen mit ihrer Kritik bei der Beschwörung eines Idealbilds von Demokratie, der so ein Elend doch fremd zu sein habe – und bekommen von einem Missionar des Sich-Empörens gesagt, dass ihr alberner Idealismus die einzig senkrechte Antwort auf ihre Lage ist, weil nämlich die Demokratie grundsätzlich als Verfahren zur Fürsorge für die eingerichtet wurde, um deren Lebensglück es notorisch schlecht bestellt ist.

ESM, Pakt für den Euro, Wirtschaftsregierung etc.

Die Rettung des Euro

In der EU tobt die Debatte um den Rettungsschirm für bankrotte Euro-Länder. Kritiker bezweifeln, dass „Wir“ überhaupt betroffen sind, wenn andere Staaten ihre Schulden nicht mehr bedienen können, und fordern, die Pleiten einfach zuzulassen. Andere vermuten, dass „unser Geld“, der Euro, von so einem Unglück schon beschädigt würde, und fürchten, dass seine radikale Abwertung an den Devisenmärkten droht. Wieder andere fragen, ob es eine Kettenreaktion der Staatspleiten geben kann oder muss und wie sich die Ausbreitung der doch bloß griechischen, irischen, portugiesischen Nöte denn durchsetzen würde. Darüber wird etwas Entscheidendes übersehen. Das Erstaunliche ist nicht, dass die Zahlungsunfähigkeit von Euroländern irgendwie auch den Euro betrifft, sondern dass sie überhaupt zu trennen ist vom Ruin der Währung.

Normalerweise fällt beides nämlich zusammen, weil in der modernen kapitalistischen Welt der Wert von Staatsschulden und der Wert einer nationalen Währung überhaupt zwei Seiten derselben Sache sind.¹

In dieser Welt ist Geld nicht ein wertvolles Ding, das für alles Mögliche verwandt und auch vom Staat bei dessen Besitzern ausgeliehen und für allerlei gute Zwecke ausgegeben werden kann. Geld existiert als Machwerk des Bankgewerbes: als Zahlungsverprechen, geschaffen für die Funktion, die Wirtschaft mit hergeliehenem Kapital auszustatten und den Verleiher an deren Wertschöpfung mitverdienen zu lassen; also als Repräsentant kapitalistischer Verfügungsmacht mit einem Rechtsanspruch auf Vermehrung; kurz: als Kreditzeichen. Der Staat beglaubigt rechtsverbindlich, dass in seinem Hoheitsbereich Geld tatsächlich durch seine Funktion als Vehikel eines kapitalistischen Vermehrungsanspruchs definiert

ist, indem seine Notenbank zum Kreditgeschäft der Banken eigene derartige Kreditzeichen beisteuert, die per Gesetz als definitive Zahlungsmittel, als Liquidität schlechthin gelten. Die Gleichung von Geld und Kredit, realisiert in diesem modernen Kreditgeld, hat Folgen für das Quantum Verfügungsmacht – den Wert –, das die gesetzlich geltende Geldeinheit repräsentiert: Deren Wert ist der Funktion des Geldes untergeordnet, also davon abhängig, inwieweit aufs Ganze gesehen die kapitalistische Verwendung des vom Bankgewerbe geschaffenen Kredits dem Vermehrungsanspruch genügt, den die immerzu zirkulierenden Zahlungsmittel transportieren. In diesem Verhältnis von Kredit und Kapitalwachstum spielt der Staat insofern eine entscheidende Rolle, als er mit seinem Haushalt seinen Standort bewirtschaftet und sich die dafür nötigen Mittel auch per Verschuldung beschafft. Was der Staat sich leiht und in seine nationale Ökonomie hineintut, vermehrt ganz gewaltig den Kredit, mit dem im Lande gewirtschaftet wird, also die kapitalistische Potenz dieser Ökonomie wie die Vermehrungsansprüche, denen sie genügen muss, um den Wert des Geldes, die kapitalistische Macht ihres Machtmittels, zu erhalten. Ob die Rechnung aufgeht, dass der Kredit die Fähigkeit des Kapitals zur Einlösung des darin enthaltenen Vermehrungsversprechens hinreichend steigert, oder in welchem Maß sie scheitert – Resultat der Konkurrenz der Unternehmen und der Nationen –, das zeigt sich notwendigerweise an beiden Seiten: am Wert der Einheit des Geldes, das den nationalen Wachstumsanspruch und -erfolg beziffert, wie am Staatshaushalt, der die aufgenommenen Kredite und den Aufwand zu ihrer Verzinsung immerzu praktisch ins Verhältnis setzt zum Wachstum der nationalen Ökonomie, aus der der Staat sich finanziert. Im positiven Fall wächst beides, die dem Geld eigene Kommandomacht und die Leichtigkeit des staatlichen Schuldendienstes, also auch die Zuverlässigkeit neu aufgenommener Staatskredite; der Erfolg bei der kapitalistischen Verwertung des nationalen Kredits fungiert in beiden Hinsichten als Erfolgsmittel. Umgekehrt begründet unzureichender Geschäftserfolg beim Einsatz des nationalen Kredits notwendigerweise beides: eine Minderung des Werts, i.e. der Kommandomacht der nationalen Währung und eine Tendenz zur

Überschuldung des Staatshaushalts, i.e. eine die Wachstumsraten der Wirtschaft notorisch übersteigende Zunahme der staatlichen Schuldenbedienungs-pflichten. Im letzteren Fall pflegen Staaten sich in ihrer Verantwortung für den kapitalistischen Erfolg ihrer Nation zu einer „Sparpolitik“ zu entschließen und neue Schulden nur noch, aber umso reichlicher zu machen, um Anstöße für mehr kapitalistisches Wachstum zu geben. Das muss freilich gelingen, wenn sich die Lage für die Staatsschulden wie für das Kreditgeld des Standorts nicht noch verschlechtern soll. Tritt dieser negative Fall ein, dann kann der Staat sich zwar immer noch Geld beschaffen, nämlich seine Notenbank außer der Norm, unabhängig von den üblicherweise anerkannten Liquiditätsbedürfnissen der Bankenwelt, Zahlungsmittel schaffen lassen und diese in die Gesellschaft hineintun. Solches Geld erfüllt bloß immer weniger den Zweck, der allein seine Existenz rechtfertigt, nämlich als Vehikel kapitalistischer Geldvermehrung zu fungieren, und verliert dementsprechend seinen Wert. Am Ende hat der Staat tatsächlich noch ein Zahlungsmittel, aber eines, dem keine ökonomisch produktive Zugriffsmacht mehr innewohnt. Dann ist er bankrott, sein Geld kaputt, und es steht die Neueröffnung eines nationalen Geschäftslebens mit neuem Kredit und „reformierter“ Währung an...

Im Fall des Euro ist das anders. Da unterscheiden die Finanzmärkte zwischen dem Geld der Nationen und ihren Schulden: Sie entwerten griechische, irische, portugiesische Staatspapiere, halten dabei aber den Euro, die Währung auch dieser Länder, in Ehren; zwischenzeitlich werten sie den gegen den US-Dollar sogar auf. Mit ihrer ausschließlich gegen Peripheriestaaten gerichteten Spekulation folgen die Märkte der politischen Konstruktion des Euro-Währungsraums und treiben es damit bis zu einer radikalen Konsequenz: Europäische Staaten, die sich gemeinsam eine weltweit nachgefragte Währung geschaffen haben, können in eigenem Geld, das seinen Wert behält, zahlungsunfähig werden, wie wenn sie sich bei auswärtigen Geldgebern in fremder Währung verschuldet hätten. Dass diese Trennung zwischen dem Kreditgeld und dem Kredit der Staaten, die den Euro benutzen, dann doch nicht die ganze Wahrheit ist, stellen die Spekulanten freilich auch klar – und

¹ Nämlich, ganz kurz gesagt: des Wachstumserfolgs des nationalen Kapitalismus. Der folgende Exkurs scheint uns dennoch nötig, um diese Behauptung verständlich zu machen. Was hier so knapp wie möglich ausgeführt wird, ist ausführlich dargestellt in dem Kapitel III. unserer Abhandlung zum Finanzkapital: *Die „systemische“ Bedeutung des Finanzgeschäfts und die öffentliche Gewalt* im Gegenstandpunkt Heft 1-10.

rühren damit an die Lebenslüge der Währungsunion.

I. Der Euro: Gemeinsame Währung konkurrierender Nationen

Das Unternehmen Währungsunion hat geklappt: Zunächst 11, inzwischen 17 Länder der EU nutzen den Euro als Zahlungsmittel. Das Finanzgewerbe hat die neue Währung als mindestens gleich guten Nachfolger der D-Mark akzeptiert: Im Kreditgeschäft der Welt hat sich der Euro als brauchbare Alternative zum US-Dollar durchgesetzt. Als Reservewährung hat er die Anerkennung von Notenbanken in aller Welt gefunden; fast 30 % der globalen Devisenreserven werden inzwischen in Euro gehalten. Der IWF führt ihn als eine von vier „frei verwendbaren“ Geldsorten. Den Schein einer bruchlosen Erfolgsgeschichte macht freilich die Finanzkrise mit ihren zunehmend verheerenden Konsequenzen für die Haushalte etlicher Euro-Länder einigermaßen kaputt – und erinnert praktisch daran, um was für eine abenteuerliche Konstruktion es sich bei dieser Währung handelt.²

a) Der Wert des Euro, seine Tauglichkeit als kapitalistisches Geschäftsmittel im Euroland und weltweit, ist das Gemeinschaftswerk der Nationen, die ihn benutzen. Was in den einzelnen Ländern vom Finanzgewerbe und seiner Kundschaft, und von den staatlichen Haushältern in vorderster Linie, an Kredit geschaffen und mit dem Recht auf Vermögenszuwachs ins nationale Wirtschaftsleben hineingetan wird, ist, soweit der Wert des gemeinsamen Kreditgelds betroffen ist, Teil eines Gesamtanspruchs auf kapitalistische Verwertung; und was die Länder an kapitalistischem Wachstum zustande bringen, zählt, soweit es den Wert des Euro begründet, als Teil des Wachstums, mit dem die Gemeinschaft als ganze den in ihr geschöpften Kredit als Kapital fruchtbar macht, also rechtfertigt. Das ist das politökonomische Prinzip, nach dem ein supranationales Kreditgeld funktioniert.

Das Programm der Wirtschafts- und Währungsunion entspricht diesem Prinzip auf seine Art, nämlich auf der Ebene des politischen Umgangs mit praktischen Notwendigkeiten der kapitalistischen

² Die Konstruktionsphase ist das Material der Analyse des politökonomischen Abenteurers, das die Euro-Schöpfer unternehmen haben, in dem – zum Nachlesen dringlich empfohlenen – Artikel *Europa verschafft sich neues Geld – und verliert dabei seinen Kredit* in den Gegenstandpunkt-Heften 2-97 und 3-97.

Produktionsweise, mit der Einrichtung einer gemeinsamen Emissionsstelle für das gemeinsame gesetzliche Zahlungsmittel: Die EZB wird mit dem exklusiven Recht und dem verbindlichen Auftrag ausgestattet, als Notenbank die Liquiditätsbedürfnisse des Bankgewerbes in Euroland zu betreuen und diese mit einer für die gesamte Union richtigen Geldpolitik zu bedienen und zu lenken, so wie es der Stellenbeschreibung für staatliches Geldhüten entspricht. Mit der Menge an Liquidität, die sie ausgibt, und dem Preis – dem Zins –, den sie dafür verlangt, und ihren sämtlichen nachgeordneten Machenschaften hat die EZB nicht den Ansprüchen und der Geschäftslage einzelner Länder zu genügen, sondern das Wachstum im ganzen Euroraum stabil zu gestalten. Unterstellt ist dabei, dass sie damit praktisch gar nichts anderes macht, als was eine jede nationale Notenbank sowieso machen muss, wenn sie sich dem Ziel eines in jeder Hinsicht wertstabilen Geldes verpflichtet; tatsächlich institutionalisiert ist damit die Entmachtung der nationalen Geldpolitiker durch eine für alle Mitglieder identische Bewirtschaftung des gesetzlichen Geldes in seiner Funktion fürs Kreditgewerbe. Bei der notenbankamtlichen Geldschöpfung verfügen die Einzelstaaten über keine Freiheiten mehr; die nationale Verantwortung für die Erhaltung des Werts ihrer Währung, soweit die eben im staatlich durchorganisierten Kapitalismus den staatlichen Emittenten gesetzlicher Zahlungsmittel zugeschrieben wird, sind sie los.

b) Was den Einzelstaaten damit nicht genommen ist, das ist zum einen das Recht und die Macht, für ihren Herrschaftsbedarf Schulden zu machen, also die Potenzen des Finanzgewerbes zu aktivieren und Kredit, also Geld mit dem Recht auf Vermehrung in Umlauf zu bringen. An der Masse des Kredits, der in der Eurozone wirkt und von dessen kapitalistisch erfolgreichem Gebrauch der Wert des gemeinsamen Geldes abhängt, wirken sie also autonom nach Maßgabe ihrer haushalterischen Bedürfnisse mit. Insofern nehmen sie mit ihren Krediten als Garantie für deren ökonomische Rechtfertigung die Wirtschaftsmacht von ganz Euroland für sich in Anspruch.

Was die einzelnen Mitglieder gleichfalls nicht los sind, das ist zum andern die Notwendigkeit, in ihrem nationalen Zuständigkeitsbereich mit ihren Haushaltsmitteln für kapitalistisches Wachstum zu sorgen. Denn die Bedienung ihrer Schulden, die Einlösung der Zahlungsverprechen, die sie in die Welt setzen, bleibt ganz in ihrer Verantwortung. Nicht direkt für den Wert ihres Geldes, wohl aber für

die Beglaubigung der Schulden, die sie in diesem Geld machen und immer weiter fortschreiben, brauchen die Staaten ein Wachstum ihres nationalen Kapitalismus. Insofern kommen sie gar nicht umhin, in ihrem eigenen Interesse an einer soliden Haushaltspolitik auf nationale Geschäftserfolge hinzuwirken, die dem Wert des gemeinsamen Geldes dienen.

Für Leute, die daran interessiert sind, sich intensiver mit dem „Kapital“ von Karl Marx auseinanderzusetzen, bietet der Gegenstandpunkt einen Kapitallesekreis an:

Lesekreis Karl Marx „Das Kapital“ (Band 1)

Philosophische Fakultät (PhilFak),
Wilhelm-Röpke-Straße 6, Treffpunkt:
Foyer am Haupteingang

**Aktuelle Termine unter
www.gs-marburg.de**

Praktisch fallen also auch für die Euroländer das Engagement für den Wert des Geldes und das Bemühen um einen vertrauenswürdigen staatlichen Schuldenhaushalt zusammen: in einer erfolgreichen Wachstumspolitik, die mit ihren Ergebnissen den national und von Staats wegen geschöpften Kredit kapitalistisch rechtfertigt.

c) Ein solcher Erfolg ist allerdings nie die berechenbare Konsequenz der Bedingungen, die der zuständige Staat mit der Geldpolitik, die er bei seinen Geldhütern in Auftrag gibt, und mit seinem Schuldenhaushalt seiner Nation vorgibt. Kapitalwachstum, im Einzelfall wie national abgerechnet, ist eine Sache der Konkurrenz, die sich die mit Kredit als Kampfmittel ausgestatteten Unternehmen und Nationen liefern. Diesen Konkurrenzkampf beendet die europäische Wirtschafts- und Währungsunion überhaupt nicht; im Gegenteil: Mit der Einführung einer einzigen gemeinsamen Währung räumt sie weg, was Wechselkurse und nationales Regime über Kreditschöpfung und Liquiditätsversorgung einem rein marktwirtschaftlichen Kräftenessen der Firmen und Kapitalstandorte noch an Hindernissen in den Weg gestellt haben

mögen. Dass der Erfolg und damit das Verhältnis zwischen nationaler Kreditschöpfung und nationalem Kapitalerfolg bei den verschiedenen Partnern ganz unterschiedlich ausfällt, ist damit programmiert und steht als Ergebnis felsenfest; damit also auch, dass sie zum Wert der gemeinsamen Währung durchaus gegensätzliche Beiträge abliefern: die Konkurrenzverlierer eine Belastung; die kapitalistische Rechtfertigung des Kreditgelds, das auch durch deren Schulden in die Welt kommt, haben die Nutznießer der Konkurrenz im Euroraum zu leisten.

Das ist nach allen marktwirtschaftlichen Maßstäben nicht gerecht, vielmehr eine Zumutung an die Gewinner. Deswegen haben die federführenden Arrangeure der Währungsunion für den absehbaren Fall, dass staatliche Kreditschöpfung – die in dem Fall unter die Rubrik „Schuldenmacherei, unverantwortliche“ fällt – und Wachstumsrate der nationalen Wirtschaft in einer den Geldwert gefährdenden Weise auseinanderfallen, Vorsorge getroffen: Wenn immerzu das Wachstum nicht langt, müssen die Schulden ‘runter. Das widerspricht dem allgemein praktizierten wirtschaftspolitischen Verfahren, Wachstumsschwäche mit staatlichen Kreditmitteln zu bekämpfen und für gute kapitalistische Zwecke eigentlich schon zu große Haushaltsdefizite zu vergrößern, damit sie effektiv schrumpfen können. Deswegen ist schon vor der Einführung des Euro ein Pakt geschlossen worden, der Regeln verfügt, die eine genehmigte, stabilitätskonforme von unsolider Finanzpolitik unterscheiden. An einigen finanzwirtschaftlichen Indikatoren des Erfolgs der D-Mark-Macht wurde Maß genommen – eine jährliche Neuverschuldung von weniger als 3 Prozent, ein akkumulierter Schuldenstand der Öffentlichen Hände von maximal 60 Prozent des BIP –, um sie als Anforderungen festzusetzen, deren Erfüllung nötig, aber auch hinreichend wäre, um den Erfolg herbeizuführen, den es für ein Gemeinschaftsgeld „so hart wie die Mark“ bräuchte: ein Quidproquo ganz auf der Linie des Grundsatzes marktwirtschaftlicher Politik, dass Konkurrenzserfolg machbar ist, wenn man seine Parameter zur Vorschrift macht. Und dieses Regelwerk steht nicht bloß im Vertrag: Seine Einhaltung wird überwacht; und ganz im Sinne des genannten Grundsatzes wird Misserfolg als Verfehlung interpretiert, die man am besten mit Drohungen bekämpft. Wenn also in einem Land andauernd die Schulden wachsen, die Volkswirtschaft aber nicht im Gleichschritt mit wächst, dann kritisiert der Rat der Euro-Finanzminister, der zusammen mit der Brüsseler Kommission die Auf-

sicht über die Mitgliedsländer führt, die Kreditfinanzierung nationaler Ambitionen als Belastung für das Gemeinschaftsgeld und verordnet Anpassungszeiträume, in denen das Mitglied zu einer Europakonformen Finanzpolitik zurückfinden muss; er verschickt „blaue Briefe“, wo seine Vorschriften nicht zeitgerecht erfüllt werden, und droht als ultima ratio „Defizit-Sündern“ mit Geldstrafen.

d) Mit voller Konsequenz hat man die Stabilitätskriterien und den dazugehörigen Disziplinierungsmechanismus dann doch nicht durchgesetzt. Schon bei der Aufnahme in die Union, für die sich die Kandidaten mit soliden Staatsfinanzen und stabilen Wechselkursen qualifizieren mussten, haben aufnehmende und aufgenommene Partner die Lage schön gerechnet und „Sparhaushalte“ samt Wachstumsanstrengungen auch ohne volle Zielerreichung honoriert. Dabei ist es auch in den ersten zehn Jahren Währungsunion geblieben: Der Stabilitätspakt wurde beschlossen, übertreten, eingeklagt und aufgeweicht. Die Nachsicht bei der Aufsicht über die Finanz- und Haushaltspolitik der Mitglieder, die jetzt als Verrat und Kumpanei von lauter verantwortungslosen Schuldenmachern verurteilt wird, entspricht dabei durchaus dem Projekt der Währungsunion.

Die Gründer des Euro, vornehmlich Deutschland und Frankreich, wollten schließlich den Integrationsfortschritt; sie wollten ihrem Geld den großen Währungsraum und Weltgeldstatus verschaffen und sich der Partner als Bei- und Zuträger zu dieser Geldmacht versichern. Die Stabilitätskriterien sollten die schwächeren Mitmacher auf diese Rolle verpflichten, aber doch nicht etwa die ganze Währungsexpansion verhindern. Und auch nach ihrem Beitritt sollten die Mitglieder den Euro nutzen und mit ihrem nationalen Ehrgeiz zum Wachstum im Euroraum beitragen. Daran hält die Union im Prinzip auch fest, nachdem sich herausstellt, dass die Partnerländer nicht nur ohne, sondern auch mit dem Euro keine gleich konkurrenzfähigen Anwendungsfelder von Kredit sind. Das Versprechen, alle könnten durch die Vergemeinschaftung des Geldes erfolgreicher – und irgendwie sogar gleich erfolgreich – werden, wird nach seiner praktischen Enttäuschung nicht fallengelassen: Seine Einlösung wird nur immer weiter vertagt und dadurch erst recht den Mitgliedsländern als ihre Leistung abverlangt: Wenn sie genehmigte Verschuldungsgrenzen überschreiten, bekommen sie von der Runde der Finanzminister und der Kommission Vorwürfe wegen „ausufernder Defizite“ zu hören, feilschen um Zeiträume, die die

Union ihnen für die Rückkehr zu einem soliden Haushalt und Schuldenniveau zubilligt, passen ihre Finanzpolitik an und lassen den Erfolg wieder von der Union überprüfen und beurteilen. Das ist nicht nichts, sondern die praktizierte Unterordnung nach wie vor souveräner Staaten unter die Erfordernisse ihres supranationalen Kreditgelds.

e) Eine letzte Sicherheitsgarantie für ihr neues Geld sehen die Verfechter eines stabilen Euro im Eigeninteresse aller, auch der schwächeren Partner, ihren Staatsschuldenhaushalt problemlos zu finanzieren. Daraus folgt nämlich der Sachzwang für jeden Staat, bei sich ein gutes – nach Ansicht der Euro-Hüter: das regelkonforme – Verhältnis zwischen Kreditschöpfung und Wachstumserfolg hinzukriegen. Damit der auch wirkt, wird das Eigeninteresse der Staaten an soliden Finanzen mit der Klausel „No bail-out!“ untermauert: Hilfen für die Haushaltsführung von Partnern, die mit ihrem Schuldendienst nicht mehr klar kommen, gibt es nicht. Kein Staat soll damit rechnen dürfen, dass die Sorge aller um eine gute Gemeinschaftswährung Hilfe für die Bewältigung nationaler Schuldenprobleme nach sich zieht, weil die den Euro beschädigen könnten. Die Rechnung soll und darf nur andersherum aufgehen: Aus Sorge davor, mit einer eventuellen Überschuldung allein gelassen zu werden, qualifizieren sich alle Eurostaaten notgedrungen zu Erfolgsnummern, die den Wert des Euro begründen helfen. Die Gleichung zwischen Qualität der Staatsschulden und Qualität des Kreditgelds, die die Euro-Konstruktion einerseits auflöst, gilt andererseits doch, darf aber nur in einer Richtung gelten und wirken. So legt der Vertrag es fest.

So zahlt sich aus, dass die Politik kapitalistischer Staaten sich nicht mit der politischen Ökonomie ihres Ladens befasst, sondern mit dem Nutzen, den alle davon haben wollen: Widersprüche sind für die Politik Probleme, die mit Gewalt und gutem Willen zu lösen sind.

II. Eine der Währungsunion würdige Finanzkrise

Zehn Jahre lang haben die internationalen Finanzmärkte den Euro als geglückte Europäisierung der D-Mark und als das Wachstums- und Aufbruchprojekt für Europa gewürdigt, als das es gedacht war. Die großen Anleger haben auf Europa spekuliert, dem Euro sowie den in ihm aufgelegten Staatsschulden Kredit gegeben. Wie die Währungsunion den Spekulantenerweiterte Anlagegelegenheiten erschloss, so hat umgekehrt deren Zugrei-

fen die europäische Geld- und Kreditmacht bestätigt, gestärkt und international durchgesetzt.

In die Spekulation auf diesen Aufbruch und eine daraus erwachsende Mehrung und Konvergenz der kapitalistischen Leistungsfähigkeit waren die Länder der Peripherie von vornherein eingeschlossen. Als Mitbesitzer und Mitstifter der europäischen Währung hatten alle teil an dem Vertrauen, das dem Euro zukam, und bezahlten für ihre Schulden in etwa dieselben Zinsen wie Deutschland. Dass die Staatsschulden auch unter der gemeinsamen Währung nationaler Besitz und nationale Last bleiben, war lange kein Problem. Offenbar haben die Märkte die „No bail out“-Klausel nicht als Warnung verstanden, dass da etwas schief gehen könnte, sondern als zusätzliche in die Geldverfassung eingebaute Sicherung, dass in Euro nur gute, erfolgreiche Schulden gemacht werden.

Diese Gewissheit geht mit der Finanzkrise verloren. Die USA und die großen Staaten der EU bewahren ihre bankrotten Banken vor dem Offenbarungseid, indem sie deren entwertete Vermögenstitel auf sich nehmen und durch Staatskredit ersetzen oder absichern. Dafür vermehren sie ihre Staatsschulden in gigantischem Ausmaß. Kaum gerettet, nehmen sich die Finanzhäuser dieser neu geschaffenen Geschäftsmaterie an und richten ihr prüfendes Misstrauen auf die Staatsschulden und die Staaten, die ihnen in alle Ewigkeit die Bedienung dieser Schulden garantieren müssen. Die Frage, welchem Staat das zuzutrauen, welchem daher zu ermöglichen ist, alte Schulden durch neue Anleihen zu tilgen, kümmert sich nicht mehr darum, wofür diese Schulden gemacht worden sind. Die spekulative Einschätzung interessiert sich allein für die Kreditmacht des Schuldners, i.e. für seine Fähigkeit, seine Schulden durch seine Wirtschaftskraft zu beglaubigen.

Im Währungsraum konzentriert sich das Misstrauen daher auf die wirtschaftlich schwächsten Mitgliedsländer mit hohem akkumuliertem Schuldenstand und hohen laufenden Haushaltsdefiziten. Deren umlaufende Staatsschuldenscheine werden gemieden, dadurch abgewertet, und der Zins für neue Schulden steigt. In dieser Lage helfen Bundesregierung und EU-Kommission dem Misstrauen der Märkte noch nach, indem sie die Fälschung von Haushaltszahlen, die Griechenland nach Brüssel gemeldet hat, publik machen, ein Eingeständnis der Täuschung fordern und zunehmend dringlich die nationale Bewältigung des auf einmal katastrophalen

Haushaltsdefizits verlangen.³ Das Anprangern Griechenlands versteht sich als Vertrauenswerbung für den Euro bei der Finanzwelt: Die Verantwortlichen in der Währungsunion sanktionieren und unterbinden unsoliden Wirtschaften von Mitgliedern schon selbst. Damit befördern diese Verantwortlichen freilich auch die Scheidung zwischen solchen und solchen Staatsschulden in der Union. Griechenland, Irland und Portugal verlieren der Reihe nach ihren Kredit und können sich auf den Finanzmärkten kein Geld mehr leihen. Sie hatten eben Kredit gehabt als Mitglieder des Euro-Klubs und als Teilnehmer an seiner Reputation; getrennt davon, allein auf sich gestellt, rechtfertigen die Größe ihrer Wirtschaft und das Wachstum, das die Märkte ihnen zutrauen, bei weitem nicht die Schulden, die sie längst gemacht haben und weiter machen müssen. Denn so hatten die schwächeren Partner den Aufbruch Europas zu einer neuen Gemeinschaftswährung wahrgenommen: als Chance, mit mehr und billigerem Kredit für die Ansiedlung von mehr Kapital und für höheres Wachstum auf ihrem Standort zu sorgen, als sie das mit ihrer eigenen Währung gekonnt hätten. Dass sie zehn Jahre später doch wieder als isolierte nationale Garanten der Kreditwürdigkeit ihrer Schulden beurteilt werden, bringt ans Licht, dass sie das Wachstum, auf das das Finanzkapital gesetzt hat, nicht hinbekommen und zu keinem Zeitpunkt als einzelne Nation den Kredit gerechtfertigt haben, den sie nun bedienen müssen. An der Latte gemessen, erweisen sich allerdings nicht nur drei Länder der Währungsunion als nicht mehr geschäftsfähig: Die Profis des Spekulationsgewerbes rechnen, wenn ein Staat wirklich fällt, mit einer ganzen Kettenreaktion von Staatsbankrotten neuer Art.

Neuer Art, weil eines ja nicht passiert, wenn PIGS-Staaten Anleihen auf dem Kapitalmarkt nicht mehr platzieren, alte Schulden also nicht revolvieren können und Bankrott anmelden müssen: Der Euro, in dem sie wirtschaften und den sie sich auch in äußerster Not nicht selbst drücken dürfen, teilt das Schicksal ihrer Schulden nicht unmittelbar. Die sind zwar, weil sie kein Wachstum erzeugen, politökonomisch eine Belastung des Werts der gemeinsamen Währung; und

³ Von dieser Phase der Finanzkrise handeln die Artikel *Anmerkungen zu Griechenlands Staatsbankrott* in Heft 1-10 sowie *Anmerkungen zur Krise 2010 – Die nächste Lektion: Die Agenda der Krisenkonkurrenz der Nationen* im Gegenstandspunkt Heft 3-10.

auf ihre Weise registrieren und realisieren die Finanzmärkte diesen Zusammenhang auch, indem sie auf selbst fabrizierte Daten, die ihr Misstrauen in Schulden von Euroländern signalisieren, zeitweilig mit spekulativer Abwertung des Euro, auch gegen den gleichfalls nicht mehr über jeden Zweifel erhabenen US-Dollar, reagieren. Weil und solange jedoch die Mehrzahl der Mitglieder und vor allem die Schwergewichte der Eurozone mit ihrer Masse und ihren Wachstumsraten für das gemeinschaftliche Kreditgeld eintreten, machen die Märkte die von denen nachhaltig betonte Trennung zwischen guter Währung und einigen schlechten Nationalkrediten mit, finden den Wert des Euro weiterhin intakt und stürzen sich stattdessen auf die Opfer ihres Misstrauens. Denen kündigen sie jeden Kredit und präsentieren ihnen die Quittung dafür, dass sie ihnen ein Jahrzehnt lang Kredit in Euro gegeben haben: Das Geld, das diese Länder schulden, entwertet sich mit der Entwertung ihrer Schulden nicht; es gibt keinen Wertverfall ihrer Währung, der mit der Zahlungsunfähigkeit des Staates auch die faktische Annullierung seiner Verbindlichkeiten herbeiführen und in einen Neustart mit neuem Kredit und neuem Kreditgeld einmünden würde. Vielmehr bleiben den Staaten die Zahlungspflichten, denen sie nicht mehr nachkommen können, in voller Höhe erhalten; so, als hätten sie sich das Geld einer fremden Macht geliehen. Dabei ist ihre Lage in einer Hinsicht noch schlimmer als im Fall unbedienbarer Auslandsschulden, und auch das ist neu: Auch für ihren inneren Gebrauch verfügen sie über kein Umlaufmittel, das sie ihrer Nation als gültiges Zahlungsmittel vorschreiben und mit dem sie den Zugriff – vor allem den eigenen – auf benötigte Waren erzwingen könnten. Sie haben nichts in der Hand, womit sie ihre Gesellschaft kapitalistisch bewirtschaften, ja überhaupt noch auf bürgerliche Art, per Haushalt, ihre Herrschaft ausüben können, wenn man ihnen nichts leiht. Am Extremfall ihres Staatsbankrotts macht sich praktisch geltend, was im normalen Kalkül der Staaten mit dem Einsatz ihrer Geldhoheit gar nicht vorkommt: Eurostaaten haben nicht bloß die Hoheit über die Geldpolitik der für ihr Land zuständigen Notenbank aus der Hand gegeben, sondern das Recht – und, solange sie sich daran halten, die Macht –, sich für ihren Zugriff auf Arbeit und Reichtum ihrer eigenen Nation autonom das marktwirtschaftlich einzig zulässige Mittel zu schaffen.

Für die Gläubiger und die Europartner der Pleiteländer ist es auch kein Vorteil,

dass der Wert des Geldes erhalten bleibt, das diese Kandidaten schulden und nicht haben und auch nicht beschaffen können. Für die Eurostaaten ist, wenngleich vorerst nur an der Peripherie ihrer Union, der politökonomische Super-GAU eingetreten, den die Konstruktion ihres Gemeinschaftsgeldes ausschließen sollte: Mit ihren Krediten haben die Verliererstaaten der EU-Konkurrenz erhebliche Massen Kreditgeld in die Welt gesetzt, das durch keinerlei kapitalistische Verwertung in seinem Recht auf Verzinsung gerechtfertigt wird. Von den Verantwortlichen wahrgenommen wird diese Sachlage aus der Optik der Gläubigerbanken und Anleihebesitzer, denen mit einem Offenbarungseid ihrer staatlichen Schuldner die Streichung ihres Euro-Vermögens droht: Eine derartige Schädigung des kapitalistischen Privateigentums kommt für Europas Politiker erstens überhaupt nicht in Frage. Zweitens wäre es nach ihrer Rechnung mit der Streichung von Finanzvermögen nicht getan: Sie rechnen damit, dass das Kreditgewerbe auf solche Verluste mit erneutem Misstrauen von systemgefährdendem Ausmaß reagieren, also eine nächste Bankenkrise produzieren würde – „möglicherweise noch schlimmer als die Lehman-Pleite“ (EZB-Vizepräsident Jürgen Stark, 26.4.11). Dann wären schon wieder sie mit ihrem Liquidität stiftenden Machtwort gefragt, um ihrer freien Marktwirtschaft das Weiterfunktionieren zu finanzieren – und bei der Bewertung dieser Finanzmittel durch die erneut so kostspielig gerettete Finanzwelt wäre mit überaus unfreundlichen Reaktionen zu rechnen, die dann auch die Währung nicht mehr verschonen würden.

Die Alternative dazu ist: doch ein „bail out“. Den einen Teil davon übernimmt bereits, ohne allzu großes Aufsehen, die EZB. Sie tut, was ihrem geldpolitischen Auftrag total widerspricht, nämlich was überschuldete Staaten ihrer landeseigenen Notenbank – unter Widerruf der Autonomie, die sie der für den Normalfall spendieren – als Notfallmaßnahme abverlangen: Sie kauft – „monetarisiert“ – uneinbringliche Staatsschulden, hält damit Gläubiger schadlos bzw. verschafft den staatlichen Schuldnern liquide Mittel. Für das Finanzgewerbe ist so ein Eingriff – das „Geld-Drucken“, um den Staatshaushalt mit Zahlungsmitteln zu versorgen – grundsätzlich ein untrüglicher Beweis, dass die Staatsanleihen definitiv nichts taugen und das geschuldete Geld seinen Wert verliert. Diese Konsequenz wehren die Eurostaaten ab, indem sie sich den nächsten Widerspruch leisten, nämlich auf ihre unangefochtene Kreditwürdigkeit

pochen und auf das „bail out“ der EZB das Ihre draufsetzen.

III. Europäischer Fortschritt in der Krise: Eine Kredit-Kautio zu Lasten des Schuldners und ein neues Regime der Führungsmächte

a) Am Fall Griechenlands statuieren die Euromächte ein erstes Exempel. Sie schaffen eine „Europäische Finanz-Stabilisierungs-Fazilität“, nämlich viele Milliarden Euro als Garantie für griechische Staatsanleihen, und um gemeinsam mit dem IWF dem Land Haushaltsgeld zu leihen; letzteres Zug um Zug gegen Reformen, mit denen die Regierung mittelfristig eine ordentliche Schuldenbilanz hinbringen soll, die das Land wieder kreditwürdig macht. Ganz selbstverständlich gehen die großen Kredit-Bürgen davon aus, dass die Finanzmärkte ihnen abnehmen, was sie Griechenland verweigern, nämlich Anleihen, die für gar nichts anderes als für uneinbringliche Schulden stehen und nichts weiter als die Bedienung dieser Schulden, also deren Aufblähung leisten – eben weil sie, Finanzkrise hin oder her, mit ihrer nach wie vor gewaltigen, weltweit anerkannten Finanzmacht dahinter stehen. Die machen sie geltend mit ihrer imposanten „Fazilität“, um die Spekulation gegen Griechenland abzuwehren, dadurch prophylaktisch die befürchtete und begonnene Spekulation auf Zahlungsprobleme anderer schwacher Eurostaaten zu entmutigen, und vor allem, um jedes eventuelle Misstrauen gegen die Güte ihrer Währung zu entkräften. Sie strapazieren ihren Kredit, verschlechtern nicht unerheblich das Verhältnis zwischen Schulden und Wachstum, auf dem der Wert ihres Geldes beruht, um nicht mit ihrem Kredit schon wieder die womöglich systemgefährdenden Konsequenzen eines Staatsbankrotts mit anschließenden Bankpleiten stoppen zu müssen. Das erscheint ihnen ökonomisch als die bessere Lösung – und außerdem und vor allem aus politischen Gründen geboten. Denn das käme ihnen wie das Eingeständnis ihrer Ohnmacht vor, wenn es den Spekulanten gelingen würde, Griechenland und womöglich noch andere „Peripheriestaaten“ zu ruinieren und aus dem Euroraum herauszuberechnen: Ihren Besitzstand lässt die Union sich von den Finanzmärkten nicht zerschießen!

b) Tatsächlich honorieren die Märkte die Aktion und erweisen der geldpolitischen Absicht ihren Respekt: Sie behandeln Europas Gemeinschaftsgeld weiterhin als gute Alternative zum US-Dollar und allem, was sonst noch weltweit zirkuliert. Auf die Staatsschulden der Griechen

und anderer finanzschwacher Länder erstreckt sich ihre Anerkennung allerdings nicht. Spekulanten und Rating-Agenturen stufen die griechischen Anleihen als „Ramsch“, die Wertpapiere einiger nächster Eurostaaten als Risiko ein. Die Euro-Macher müssen reagieren – und sie ziehen eine vorwärtsweisende Konsequenz. Den spekulativen Angriffen der Märkte entnehmen sie die Notwendigkeit – für weitblickende Führungskräfte ist es sogar eine Chance –, ihre ad hoc geschaffene milliardenschwere „Fazilität“ zu einer noch um viele Milliarden schwereren Dauereinrichtung zu machen und das mit der Durchsetzung neuer Richtlinien und neuer Kompetenzen in ihrer Union zu verbinden: „Die Krise und das bisherige Krisenmanagement sind ... als Gelegenheit zu verstehen, die deutsche EU-Politik auf dem Gebiet der Wirtschaft und Finanzen neu zu justieren und zentrale Ordnungsprinzipien für die Gestaltung der Euro-Zone ... aufzuzeigen.“ (Schäuble in der FAZ, 2.11.10) Der deutsche Finanzminister und seine Kollegen wählen das große Wort von der „Schicksalsgemeinschaft“, die unauflöslich sei; sie erklären rundheraus, dass es bei der „größten Reform seit Einführung des Euro“ nicht darum geht, die Pleitestaaten um ihretwillen zu retten, sondern um nichts Geringeres als um „unseren Euro“, ja um „Europa“ überhaupt; und die deutsche Seite lässt keinen Zweifel daran, was sie damit meint: Deutschland will vom Zentrum der Union aus viel direkter und effektiver als bisher schon den ganzen Kontinent als Quelle deutsch-europäischer Finanzmacht bewirtschaften und in diesem Sinn ernst machen mit der ewig umstrittenen Aufsicht über die nationalen Staatshaushalte, die sich die hilfsbedürftigen Partner in ihrer Not nun gefallen lassen müssen.

Die Mitglieder der Währungsunion gründen also einen neuen Fonds, den „Europäischen Stabilitäts-Mechanismus“ (ESM), der ab 2013 den gegenwärtigen Notfallfonds als feste Institution ablösen soll. Diesem Fonds räumen sie das Recht ein, selbst Kredit aufzunehmen, und übernehmen, je nach ihrem jeweiligen wirtschaftlichen Gewicht, Garantien für seine Schulden. Aufgestockt durch einen 50 %-Zuschuss des IWF, verfügt der Hilfsfonds über die Finanzmasse von einer dreiviertel Billion Euro, die allein durch ihre Größe von der Spekulation gegen die Schulden von Euro-Staaten abschrecken soll. Wo das – wie in den bisherigen Fällen – nicht funktioniert, hält der „Mechanismus“ Staaten, die auf den Kapitalmärkten keine Schulden mehr platzieren können, geschäftsfähig, indem er ihnen den für ihre Schuldenbedienung und Haus-

haltensführung unbedingt nötigen Kredit gibt. Dadurch werden die Schulden der Mitgliedsländer, die an den Märkten ihren Kredit verloren haben, als Kapital erhalten, als das sie im europäischen Bankensystem, bei der Zentralbank, in den Portfolios von Euro-Investoren in aller Welt und im Staatsschatz vieler Länder fungieren. Und darauf kommt es an – nämlich für die Sicherung des Euro als alternatives Weltgeld.

Weil es für diesen Zweck nötig ist, den anfallenden Pleitestaaten Geld zu leihen, heißt das Arrangement auch „Rettungsschirm“; und dafür, dass der über ihnen aufgespannt wird, haben die Hilfsbedürftigen einer Latte von Ansprüchen zu genügen, die so beschaffen sind, dass sie das Arrangement mit einer Erleichterung bei, gar einer Entlastung von ihren Haushaltsnöten nicht verwechseln können. Hilfe wird nur im Tausch gegen finanzpolitische Souveränität gewährt: Mit der Begründung, es gelte verantwortungslose Schuldenmacherei in Erwartung einer nunmehr gesicherten Kredit-Kautions zu unterbinden und für die in Europa übliche finanzpolitische Solidität zu sorgen, wird den zahlungsunfähigen Ländern vom ESM in Kooperation mit der Brüsseler Kommission und dem IWF der Haushalt geführt. Gestrichen wird, was für Wirtschaftspolitiker, die einen Standort mit schlechten kapitalistischen Bilanzen zu regieren haben, die erste und wichtigste Option darstellt: Mit mehr Kredit „Anreize“ für mehr Wachstum zu setzen und kapitalistisch interessante Produktionszweige zu fördern, kommt nicht in Frage. Wo Schulden und Wachstum so weit auseinanderfallen, da wird an dem Faktor gedreht, der unmittelbar Sache politischer Entscheidung ist, und die Staatsschuld in Richtung des 3 %-Defizits pro Jahr und des 60 %-Gesamtschuldenstands heruntergefahren. Auswärtige Sparkommissare befinden darüber, was sich das Land noch leisten darf an Subventionen und an Maßnahmen zur Hebung der Attraktivität des Wirtschaftsstandorts, an Renten, Sozialleistungen und Löhnen im öffentlichen Sektor, an Staatsfunktionen überhaupt. Ausgaben, die über das zugestandene Maß hinausgehen, werden als unproduktive Verschwendung, als Prestigeprojekte und ökonomisch nicht gerechtfertigte Begünstigung des Volkes moniert und gestrichen. Fachleute vom „Stabilitäts-Mechanismus“ entscheiden weiter, dass, wie und in welchem Umfang sich so ein Pleitestaat etwa mit Steuern bei seinem Volk zu bedienen und was er mit seinem Staatsbesitz anzustellen hat. Das Ganze dient offiziell dem Ziel, dem Land „Anpassungen“ zur Wiederherstellung seiner

Konkurrenzfähigkeit abzuverlangen; tatsächlich verordnet die europäische Haushalts-Aufsicht ein nationales Schrumpfen, das der Entwertung des gesamten Inventars der Nation nahe kommt, wie sie ein offizieller Staatsbankrott erzwungen hätte. Um möglichst viel von den finanzkapitalistischen Ansprüchen an das Land zu erhalten, werden Quellen des materiellen Reichtums geopfert: Geschäft, das es nur durch Subventionen gegeben hat, wird brach gelegt, Staatsbetriebe und staatliche Beteiligungen müssen privatisiert werden, als lohnende Angebote an Investoren, und um Mittel zur Senkung des Schuldenstandes flüssig zu machen. Gleichzeitig werden Steuervergünstigungen und kostspielige Standortbedingungen, die auf Kosten der Partner Investoren anlocken sollen – Musterbeispiel: die besonders niedrige Kapitalbesteuerung in Irland –, abgeräumt. Die verordnete Rezession mindert auf der einen Seite die Staatseinnahmen, steigert auf der anderen Seite die Kosten der Armut; umso mehr muss an Lohnkosten und den Haushaltsposten für Soziales, Bildung, Gesundheit etc. gekürzt werden. Denn das bleibt am Ende als die letzte einheimische Produktivkraft, die die Pleitestaaten zu mobilisieren haben und die sie auf den Erfolgsweg zurückbringen muss: die Verelendung ihrer Völker.

Peter Decker / Konrad Hecker

Das Proletariat

Politisch emanzipiert –
Sozial diszipliniert –
Global ausgenutzt –
Nationalistisch verdorben

–
Die große Karriere der
lohnarbeitenden Klasse
kommt an ihr gerechtes
Ende

München 2002

288 Seiten A5- €20,-

ISBN:978-3-929211-05-4

GEGENSTANDPUNKT Verlag
Kirchenstr.88, 81675 München (089) 2721604
gegenstandspunkt@t-online.de
www.gegenstandspunkt.com

c) Ihre Konditionen für die Gewährung von Kredithilfen ergänzt die Währungsunion um eine „Schärfung des Stabilitätspaktes“: Nicht nur bei den Sanierungsfällen, bei allen Mitgliedern sollen Eingriffe und Sanktionen im Fall der Überschreitung erlaubter Verschuldungsgrenzen nun „automatisch“ erfolgen. Bisher mussten sie von den Euro-Finanzministern mit Mehrheit beschlossen werden; ab sofort braucht es eine Mehrheit, um sie zu verhindern. Außerdem schließen die Mitglieder der Union noch einen weiteren „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ oder „Euro-Plus-Pakt“. Seine Ziele entsprechen in etwa denen der kommissarischen Haushaltsaufsicht, werden anders als diese aber in freier Kooperation verfolgt – und das vorbeugend: Der Pakt zielt auf eine Koordinierung der Wirtschaftspolitik, damit umfassende nationale Niederlagen und staatliche Überschuldung, die den Zusammenhalt der Euro-Zone gefährden, gleich gar nicht mehr entstehen. Das hat schon der alte Stabilitätspakt mit seiner 3 %-Regel leisten sollen; inzwischen hat man aber herausgefunden, dass das Vorschreiben von guten Konkurrenzresultaten – ein gelungenes Verhältnis von Staatsschuld und Wachstum – diese nicht unbedingt herstellt, weshalb man sich jetzt an verbindliche Definitionen des Weges dahin macht. Die Parteien streben „konkrete nationale Verpflichtungen“ darüber an, „überfällige Reformen anzupacken“, ihre Steuer-, Sozial- und Lohnpolitik „abzustimmen“ und „ihre Partner zu informieren“, bevor sie wirtschaftspolitische Schritte beschließen, deren „Fortschritte dann überwacht werden“. Als maßgebliche Indikatoren für die Wettbewerbsfähigkeit eines Mitgliedlandes, also für gute Wirtschaftspolitik gelten die „Lohnstückkosten für die Wirtschaft insgesamt sowie für einzelne Branchen“, und als Messlatte der richtigen Lohnstückkosten werden in Europa die Besten hergenommen; denn ein allgemeines „Absinken auf eine durchschnittliche Wettbewerbsfähigkeit“ kommt, Kanzlerin Merkel zufolge, für ihr Europa nicht in Frage.

Unter dem Stichwort „Angleichung“ der Arbeitslöhne (meint: Beendigung der in manchen Ländern üblichen automatischen Anpassung der Löhne an die Inflation), der Rentensysteme (Verlängerung der Lebensarbeitszeit, Kürzung der Bezüge), der Steuersysteme (siehe irische Niedrigsteuern) wird also ein Vergleich der Arbeitsproduktivitäten, Sozialkosten, der Steuern und Staatsausgaben angestellt, der natürlich zu Tage fördert, dass alle weniger erfolgreichen Partner

Deutschlands ihren Völkern Löhne, Renten, medizinische Versorgung und andere „soziale Wohltaten“ zukommen lassen, die durch deren Arbeitsleistung fürs Kapital und dessen internationale Erfolge nicht gedeckt sind, also Verschwendung von Steuern und Staatsschulden anzeigen. Mit der sollen die Verschwender endlich Schluss machen und sich lieber, so Merkel, auf die Qualitäten besinnen, mit denen sie das internationale Kapital auch ohne übermäßige Staatsausgaben an ihre heute noch konkurrenzuntüchtigen Standorte locken könnten: Die „Stärken“ dieser Länder liegen aus deutscher Sicht eben in der Armut ihrer Völker und ihren niedrigen Lohnkosten. Sich in diesem Sinn „wettbewerbsfähig“ zu machen, das bleibt der Restgehalt der und der Auftrag an die Souveränität der Partner, deren Unterstützung sich Berlin so viel kosten lässt.

Und das alles, um den Euro stabil zu machen bzw. seine Weltgeltung zu garantieren. Europas Regenten brauchen es gar nicht zu wissen: Sie handeln im Sinne der marxistischen Wahrheit, dass es sich bei ihrer Schuldenwirtschaft um einen Bestandteil der gesellschaftlichen Produktionsweise handelt, um eine Errungenschaft der Unterordnung der Arbeit, von der die Menschen leben, unter die Macht des in Geld nachgezählten Eigentums, sich als Quelle seiner Vermehrung zu betätigen. Was Marx als System der Ausbeutung per Lohnarbeit identifiziert hat, das muss funktionieren, genauer: das muss im nationalen Maßstab so ergiebig funktionieren, dass die Konkurrenz im Weltmaßstab gewonnen – also von anderen Nationen verloren – wird: nur dann funktioniert auch die Verrücktheit, dass Schulden, die gar kein Geschäft begründen, sondern den Gebrauch staatlicher Macht als Ertragsquelle repräsentieren, einen Wert haben und dass der den Wert des Geldes begründet, in dem alle Welt ihren einzig wahren Reichtum nachzählt. Kredit und Kreditgeld sind Produkte der kapitalistischen Produktionsweise und taugen nur, weil die Gesellschaft mit ihrer Arbeit und ihrem Lebensunterhalt vollständig im Dienst an der Vermehrung des Privateigentums steht: Auf dieses elementare politökonomische Prinzip ihres Ladens kommen Europas Politiker „zurück“, wenn sie aus Sorge um ihre Währung so zielbewusst das lohnabhängige Volk drangsalieren und drangsalieren lassen.

d) Euroland rüstet sich also, unter deutscher Anleitung, für die Daueraufgabe, den Wert des gemeinsamen Geldes und den Bestand der Region, in der es gilt, gegen die Konsequenzen der Konkurrenz abzusichern, die die Teilnehmer sich liefern und liefern sollen; nämlich gegen

die letzte Konsequenz herbeispekulierter Staatsbankrotte, die infolge der Finanzkrise so unerbittlich eingetreten ist. Und während es sich noch rüstet, stellt sich am Fall Griechenland heraus, dass der Kunstgriff des EFSF, dem der ESM nachkonstruiert ist: die Schulden des Landes zu garantieren, ohne ihm auch nur einen Cent davon zu erlassen, nicht funktioniert. Das Versprechen an die Finanzwelt, so würde Griechenland unweigerlich wieder kreditwürdig und ein anständiger Beitrag zum in Euro gemessenen Reichtum, ist und erscheint der Spekulantengemeinde dermaßen unglaublich, dass es schon das Vertrauen in die Instanzen angreift, die dieses Versprechen mit ihrem Kredit untermauern. Die verworfene „Lösung“, das Land explizit pleite gehen zu lassen, mitsamt seinen Schulden aus dem Reich des Euro zu streichen und mit einer neuen Drachme auf eigene Rechnung neu anfangen zu lassen, kommt wieder ins Gespräch, aber nach wie vor nicht zum Zug. Gestritten wird jedoch darüber, ob und inwieweit das Ziel einer Sanierung des Landes – damit es dem Euro wieder nützlich sein kann – nicht doch wenigstens ein bisschen Schuldennachlass nötig macht – was allerdings nicht bloß den Gläubigern schaden würde, sondern der kapitalistischen Potenz des Euro-Kredits insgesamt. Wegen dieser Konsequenz sind Europas Währungshüter strikt dagegen. Die Finanzpolitiker hingegen sind schon einen interessanten Schritt weiter. Sie ergänzen die Idee einer „sanften Umschuldung“ mit einem Einfall, der ihre feste Entschlossenheit widerspiegelt, den Griechen ihre Nationalökonomie auf gar keinen Fall selber zu überlassen: Eine Schuldendiensterleichterung wäre zu verknüpfen mit der Einrichtung einer „Treuhandgesellschaft“ nach dem Vorbild der Instanz, die das volkseigene Vermögen der verbliebenen DDR so wohlfeil entsorgt hat. Wenn die dem Land den Ausverkauf seiner Besitztümer aus der Hand nimmt, kann mit der Sanierung Griechenlands ja nichts mehr schief gehen...

Welchen Weg die Politik auch einschlägt, das Eine leistet sie so oder so: Zwecks Rettung des Euro setzt sie, gegen die Schuldner und so schonend wie irgend möglich auch gegen die Retter und Gläubiger, an Europas Pleiteländern das nächste Stück der europäischen Finanzkrise durch.

Der Gegenstandspunkt hat sich in verschiedenen Artikeln mit dem Fortgang der Krise befasst, die als Crash in einem Segment des Finanzderivatemarktes begonnen hat und sich gründlich zur Weltfinanzkrise entfaltet hat:

- 3-2007 Finanzkrise 2007
- 4-2007 Nachtrag zur Finanzkrise
- 3-2008 Anmerkungen zur Krise 08
- 3-2009 Lehren aus der Weltwirtschaftskrise
- 1-2010 Anmerkungen zu Griechenlands Staatsbankrott
- 3-2010 Anmerkungen zur Krise 2010. Die Agenda der Krisenkonkurrenz der Nationen
- 2-2011 Imperialistische Geldsorgen: Die USA kämpfen gegen den ökonomischen Abstieg

Der Klärung des ökonomischen und politischen Systems, das den Völkern diese Lebenslagen beschert, widmen sich folgende Artikel:

- 3-2008 Das Finanzkapital I. Die Basis des Kredit systems: Von der Kunst des Geldverleihens
- 2-2009 Das Finanzkapital II. Die Entfaltung der Kreditmacht des Finanzkapitals: Die Akkumulation des „fiktiven“ Kapitals
- 1-2010 Das Finanzkapital III. Die „systemische“ Bedeutung des Finanzgeschäfts und die öffentliche Gewalt
- 1-2011 Das Finanzkapital IV. Das internationale Finanzgeschäft und die Konkurrenz der Nationen